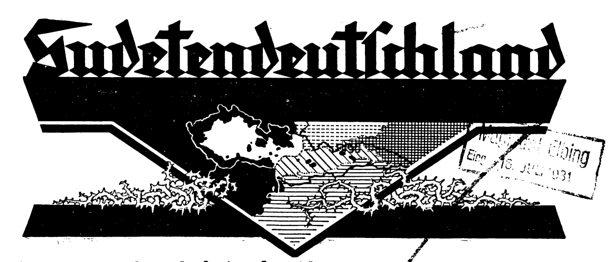


Zeitschrift der sudetendeutschen Freiheitsbewegung

Erscheint einmal im Monat. — Schriftleitung und Verwaltung: Wien 8, Fuhrmannsgasse 18a, Fernruf A-26-2-66. — Bezugsgebühr für Einzelbezieher ganzjährig 4 Schilling oder RM. 2·50. — Wiener Postsparkassen-Verrechnung Nr. 106.684. Post-Scheckamt Berlin, Konto 156.823

Folge 7/8 | **1. Juli/August 1931** | **12. Jahrgang**

Aus dem Inhalt:

Sudetendeutscher Heimatbund

Sitz Wien

Bundeskanzlei und Sudetendeutsches Arbeitsamt: Wien, 8. Bez., Fuhrmannsgasse 18a, Fernruf A-26-2-66

Verwaltungsgebiet Wien: Verwaltungsstelle: Wien, 8. Bez., Fuhrmannsgasse 18a, Fernruf A-26-2-66
Kreis Oesterreich: Geschäftsstelle: Wien, 8. Bez., Fuhrmannsgasse 18a, Fernruf A-26-2-66

Verwaltungsgebiet Berlin: Verwaltungsstelle: Berlin SW 61, Belle-Alliance-Straße 106
Kreis Berlin-Brandenburg: Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Belle-Alliance-Straße 106
Kreis Mitteldeutschland: Geschäftsstelle: Halle a. S., Wörmlitzerstraße 102
Kreis Rheinland-Westfalen: Geschäftsstelle: Bielefeld, Oberntorwall 3B

Verwaltungsgebiet Dresden: Verwaltungsstelle: Dresden-A. 1, Zinzendorfstraße 49/II.
Kreis Bayern: Geschäftsstelle: Passau, Obernzellerstraße 7[II]
Kreis Sachsen: Geschäftsstelle: Dresden-A. 1, Zinzendorfstraße 49/II.
Kreis Schlesien: Geschäftsstelle: Liegnitz, Sophienstraße 32

Für den Heimatbund!



Für jeden deutschen Stammtisch!

In jedes Gast- oder Kaffeehaus, wo Sudetendeutsche verkehren

gehört der prächtige, aus Metall hergestellte Sammelturm des Sudetendeutschen Heimatbundes, 28 cm hoch, Preis 35 Schilling, zahlbar binnen einem Jahre. Bestellungen an die Warenstelle des Sudetendeutschen Heimatbundes, Wien, 8. Bez., Florianigasse 39/I.

AUFBAU durch Sparen!

Tagesverzinsung von 5 bis 7 Prozent

Sudetendeutsches Kredit-Institut

reg. Genossenschaft m. b. H.

Wien, I., Tuchlauben 17 **Fernruf U-28-1-15**

Postsparkassenkonti: Wien 197.229, Prag 59.786, Berlin 122.631

Kassastunden von 9 bis 16 Uhr, an Samstagen von 9 bis 13 Uhr.

Concordia

Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft in Reichenberg

Feuer-, Einbruchsdiebstahl-, Glas-, Transport-, Lebens-, Renten-, Haftpflicht- und Unfall-

Versicherungen

Aktienkapital 5,000.000 tsch. Kronen.

Deutsche Gesellschaft in der Tschechoslowakei.

Modernste Bedingungen.

Repräsentanz für Oesterreich, Wien, I. Bez., Gonzagag. 13, erteilt alle gewünschten Auskünfte bereitwilligst und unverbindlich.

Die Anstalt gewährt besondere Begünstigungen für Mitglieder des Sudetendeutschen Heimatbundes

---

„Dresdner Anzeiger"

Gegründet 1730.

Große nationale Tageszeitung mit eigener Bilderbeilage

Probenummern kostenlos durch den Verlag. **Dresden A. 1, Breite Straße Nr. »**

Landsleute!

Verwendet nur die

Sudetendeutschen

Freiheitszünder!

Kauf von Pelzwerk



ist Vertrauenssache!

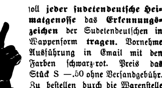
Ich empfehle meinen lieben Landsleuten bei **Bedarf an Besatzfellen, Marderkolliers, Füchse, Pelzmänteln, Herrenpelzfutter und Krägen** mein reichhaltiges Lager aller Pelzartikel zu besichtigen. **Kein Kaufzwang! Reparaturen und Aenderungen** werden bestens ausgeführt, dafür bürgt

mein seit 76 Jahren bestehendes Kürschnergeschäft.

Josef Kraus, Kürschnermeister

Wien, 4., Margaretenstraße 26, Ecke Schikanedergasse. Fernruf A 30-6-16.

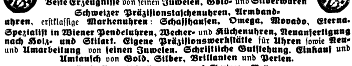
In der Reisezeit



soll **jeder sudetendeutsche Heimatgenosse** das **Erkennungszeichen** der Sudetendeutschen in Wappenform **tragen.** Vornehme Ausführung in Email mit den Farben schwarz-rot. Preis das Stück S —.50 ohne Versandgebühr. Zu bestellen durch die Warenstelle des S. H. B.



Uhrmacher Adolf Jungbluth Juwelier



Wien, 3. Bez., Landstraßer Hauptstraße 72 (Sudetendeutscher)

Beste Erzeugnisse von feinen **Juwelen, Gold-** und **Silberwaren**

Schweizer Präzisionstaschenuhren, Armbanduhren, erstklassige **Markenuhren: Schaffhausen, Omega, Movado, Eterna. Spezialist in Wiener Pendeluhren, Wecker-** und **Küchenuhren, Neuanfertigung nach Holz- und Stilart. Eigene Präzisionswerkstätte** für **Uhren** sowie **Neu-** und **Umarbeitung** von **feinen Juwelen. Schriftliche Gutstehung. Einkauf** und **Umtausch** von **Gold, Silber, Brillanten** und **Perlen.**

Große Auswahl in Verlobungs- und Eheringen, Muttertags-, Firmungs-, Weihnachts- und Neujahrsgeschenken.

Landsleute haben Vorzugspreise!

Sudetendeutschland

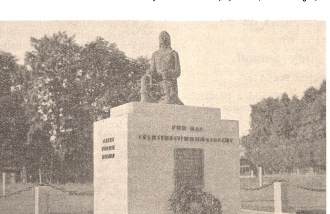
Zeitschrift der sudetendeutschen Freiheitsbewegung

Folge 7/8 | Juli/August 1931 | 12. Jahrgang

Das erste Denkmal für das Selbstbestimmungsrecht.

Von Professor Martin Karner.

In Gmunden wurde bei der Hauptversammlung des Sudetendeutschen Heimatbundes, Kreis Deutschösterreich, in den Pfingsttagen dieses Jahres ein Denkmal für das Selbstbestimmungsrecht errichtet. Es ist das erste Denkmal in der Welt, durch welches dem unverjährbaren Rechte aller Kulturvölker ein derartiger Ausdruck verliehen wurde. Das Denkmal steht auf dem „Platze der Sudetendeutschen" und im Hintergrunde erheben sich die gewaltigen Felswände des Traunstein. Zur göttlichen Gerechtigkeit, die nach Norden, nach dem bedrängten Sudetendeutschland blickt, ist die um ihr Recht betrogene Heimat geflüchtet. Auch unsere Heimat will ein Kind der Gerechtigkeit sein, von ihr beschützt und von ihr geführt. Nichts anderes als unser unverjährbares Recht wollen wir, sagt allen das Denkmal. Es ist ein ernster Mahnstein von tiefer Bedeutung, gerade in der Gegenwart. Es ist der steinerne Ausdruck der unbeugsamen Entschlossenheit des Sudetendeutschen Heimatbundes, für das Selbstbestimmungsrecht der Heimat zu kämpfen, auch in einer Zeit, wo nicht das Recht, sondern nur die Gewalt die Erde beherrscht. Was auch immer kommen mag, der Sudetendeutsche Heimatbund verläßt niemals den Boden dieses Rechtes. Das mögen sich alle gesagt sein lassen, auch jene, die mit undiskutablen Zumutungen an unseren Bund herantreten. Der Geist des Kampfes beherrscht den ganzen Bund, die kleinste Zweigstelle. Aus diesem Geiste heraus hat auch unsere Zweigstelle Gmunden das Denkmal geschaffen.



Das Denkmal richtet eine beredte Mahnung an die Heimat, die trotz ihrer zwölfjährigen Leiden in Parteiungen zerrissen und zerspalten, von Tageszwistigkeiten beherrscht, manchmal schon ganz das Endziel zu vergessen scheint, die sich noch nicht einmal zur selbverständlichsten, nächsten Aufgabe, zum gemeinsamen Kampfe um die Selbstbehauptung, durchgerungen hat, der Voraussetzung für jede Selbstbestimmung. Dieser Mahnstein spricht auch zu Oesterreich, dem man unter der Maske strengster Wahrung seiner Unabhängigkeit jede Selbstbestimmung rauben, dem man sogar Bestrebungen, durch eine Zollunion mit dem deutschen Bruderstaate eine wirtschaftliche Lebensmöglichkeit sich zu verschaffen, verbieten will. Es mahnt darüber hinaus das Deutsche Reich, das gesamte deutsche Volk, das an allen Ecken und Enden seine Stammesbrüder unter Fremdherrschaft schmachten sieht: Vergeßt doch niemals euer unverjährbares, euer unzerstörbares Recht, das Recht auf Selbstbestimmung, das schon die Vereinigten Staaten von Nordamerika vor 150 Jahren in ihrem Unabhängigkeitskampfe verkündet haben! Der Gedenkstein ist schließlich für alle 40 Millionen Menschen errichtet, die man in Europa zu Sklaven fremder Völker gemacht hat.

Aber das Denkmal sagt uns noch eines, etwas sehr Bedeutsames: zwölf Jahre hat das deutsche Volk unter den größten Anstrengungen, mit einer Selbstaufopferung ohnegleichen, mit der peinlichsten Gewissenhaftigkeit alle die drückenden Verpflichtungen, die ihm die Friedensdiktate und deren infernalische Auslegung auferlegten, erfüllt. Zwölf Jahre hat es in schwerer Fronarbeit sich angestrengt, der Welt, den Siegern zu beweisen, daß es guten Willens, daß es ein friedliches Mitglied in der Familie der Kulturvölker ist, daß es mit Recht beanspruchen kann, von den unerträglichen Fesseln der Kriegstribute befreit zu werden, Gleiche unter Gleichen zu sein. Zwölf Jahre hat das deutsche Volk eine fast bis zum Fanatismus gesteigerte Erfüllungspolitik betrieben, und was ist das Ergebnis: ein Schlachtfeld der Verwüstung, des Elends und der Not, wohin man auch blickt.

Das Denkmal mahnt alle Deutschen, diesen Weg zu verlassen, zurückzukehren zum Ausgangspunkt unseres Kampfes, zu unserem Recht, zum Recht der Völker. Wo ist die große gemeinsame Kundgebung des gesamten deutschen Volkes gegen die Kriegsschuldlüge, auf welcher die ganze Ungerechtigkeit von Versailles und St. Germain sich aufbaut? Wo ist der große gemeinsame Kampf gegen den Bruch des Friedensvertrages vom 5. November 1918, jenes Friedensvertrages, den die Siegerstaaten feierlich anerkannt haben, so daß die folgenden Verträge nur die Durchführungsbestimmungen dieses Vertrages sein sollten, jenes Vorvertrages, der keine Kriegstribute kennt, der dem deutschen Volke das Recht der Gleichheit unter Gleichen gibt, der allen Kulturvölkern das Recht auf Selbstbestimmung gewährleistet? Wo ist die große Protestbewegung gegen den

gemeinen Bruch dieses Vertrages? Noch kein Minister hat es gewagt, Briand entgegenzutreten, der in der französischen Kammer den Mut hatte, von der Unverletzlichkeit der Verträge zu sprechen, obwohl Frankreich selbst den Vertrag vom 5. November glatt gebrochen hat. Die Ehre der französischen, der englischen und der nordamerikanischen Nation ruht im Portefeuille des deutschen Volkes, diese Nationen mögen erst diesen Schuldschein einlösen, bevor sie das Recht haben, von Verträgen und deren Einhaltung auch nur zu sprechen. Nicht wir, nicht das deutsche Volk, nicht alle jene, welche die Revision des Unrechtes wollen, sind die Rechtsbrecher, Rechtsbrecher sind alle jene, die dieser Revision sich widersetzen, die das Unrecht verewigen wollen.

Wahrscheinlich ist das Maß der Leiden des deutschen Volkes noch nicht voll. Aber es kommt bestimmt der Tag, wo nicht nur das deutsche Volk in seiner Gesamtheit sich besinnen und zu dem Kampfe um die Grundlagen seines Rechtes zurückkehren wird, sondern wo auch alle Kulturvölker, die sich noch einen Sinn für Recht und Gerechtigkeit bewahrt haben, gemeinsam die zerstörten Grundlagen jedes menschlichen Rechtes wieder aufrichten werden. Und auch für diesen Tag ist unser Denkmal in Gmunden ein Mahnstein.

Der tschechische Sumpf.

Von Dr. Wilhelm Maschke.

Beim Betreten des neuen tschechischen Staates hat Präsident Masaryk an seine Volksgenossen die denkwürdige Mahnung gerichtet, „Sich nicht fürchten und nicht stehlen!“ Seit den Tagen seines Einzuges auf den Hradschin wird ihm schon des öfteren die wehe Erkenntnis geworden sein, daß von seinen Landsleuten nur der erste Teil seiner Mahnung befolgt wird. Denn was an Unsauberkeiten und dunklen Machenschaften ist in diesen letzten Jahren nicht schon alles ruchbar und offenkundig geworden! Ueble Leder-, Petroleum- und Spiritusgeschäfte, die monatelang einen ungeten Geruch im ganzen Staate verbreiteten, Verschleuderung von Restgütern an Verwandte und Freunde einflußreicher tschechischer Politiker, unsaubere Schiebungen bei Lieferungen für den Staat, ausgesprochene Freunderlwirtschaft bei der Besetzung von Staatsstellen, kläglichster Zusammenbruch tschechischer Großbanken und viele andere Ereignisse und Erscheinungen, die vor dem Weltkriege weder im alten Oesterreich, diesem „Zuchthaus der Nationen“, wie es Herr Masaryk nennt, noch sonst in einem europäischen Staate zutage traten, in der Tschechoslowakei, dieser „Ordnungszelle“, aber in unmittelbarer Reihenfolge vor sich gingen, so abwechslungsreich, daß sich das Volk immer aufs neue sich von der Güte seines Staates überzeugen konnte.

Abermals befinden sich seit Monaten die tschechischen Parteien des Prager Parlamentes in fieberhafter Spannung und Aufregung. Freilich nicht etwa deshalb, weil sie sich irgendwie um die Behebung der mehr als trostlosen Wirtschaftslage des Staates bemühen, auch nicht weil das Parlament den Plan der deutsch-österreichischen Zollunion hätte besprechen müssen, denn der Herr Außenminister Doktor Benesch brachte ja nicht den Mut auf, diese auch für den Tschechenstaat so wichtige Frage vor die Gesamtheit der Volksvertreter zu bringen, was ihn freilich nicht hinderte, in Genf mit der ihm angeborenen Dreistigkeit zu behaupten, er spreche mit Zustimmung des ganzen Parlamentes. Nicht diese und andere für den Staat bedeutsamen Fragen halten die tschechischen Stützen dieses französischen Vasallenstaates in Aufregung, sind doch schon Monate verstrichen, seitdem das letztemal halbwegs planmäßige parlamentarische Arbeit geleistet werden konnte, sondern einzig und allein der Kampf, den Dr. Benesch gegen Gajda, Dr. Pergler und Stribrny begann und mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln durchführt, gegen drei Männer, die einst bei der Gründung der Tschechoslowakei seine Mitarbeiter und nachher lange Jahre vergötterte Helden des ganzen tschechischen Volkes waren, von dem Augenblicke an aber seine Feinde wurden, als sie es wagten, gegen ihn und seine Politik aufzutreten und sich als die „drei Musketiere“ zu gemeinsamer politischer Arbeit gegen ihn in der „Liga“ zusammenschlossen.

Zuerst wurde Dr. Pergler dadurch erledigt, daß man ihm, der lange Zeit in hervorragender außenpolitischer Stellung für den tschechischen Staat tätig war und ihn als Gesandter vertrat, die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft absprach und ihn als Ausländer seines Abgeordnetenmandates verlustig erklärte. Dann wurde General Gajda, der ruhmvolle und mit den höchsten Orden der Ententestaaten geschmückte Held von Sibirien, ausgeschaltet, indem man ihn, der im Juni 1929 zu einer zweimonatigen Kerkerstrafe verurteilt worden war, auf Ansuchen des Prager Strafgerichtes auslieferte. Uebrig blieb nur noch Georg Stribrny, oftmaliger Minister, gewesener Stellvertreter des Ministerpräsidenten, lange Zeit hindurch richtunggebender Führer der tschechischen nationalsozialistischen Partei, einer der bedeutendsten tschechischen Revolutionsmänner, der sich gerne einen zweiten Zizka nennen hörte, sich immer als wütender Deutschenhasser betätigte und von dem einst einer seiner vielen Anbeter die heute geradezu lächerlich klingenden Worte rühmend sprach: „Was Hus durch das Wort, was Zizka durch den Morgenstern, das hat Georg Stribrny durch die Tat bewiesen.“ Um auch diesen zu erledigen, wurde auf Antrag des tschechischen nationalsozialistischen Abgeordneten Stransky ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß eingesetzt, der die Ministertätigkeit dieses gewiegten Zeitungsmachers und gerissenen Politikers und die Herkunft seines Vermögens zu überprüfen hatte.

Wochen hindurch hat dieser Untersuchungsausschuß gearbeitet, ist sozusagen in die intimsten Räume der Häuslichkeit Stribrnys eingedrungen, hat das öffentliche wie das Privatleben seines „Opfers“ analysiert und kriminalistisch „durchleuchtet“ und hat am 16. Juni seinen Bericht erstattet, der wie ein „politischer Sensationsroman“ anmutet, der „aus einem Nationalhelden eine der abstoßendsten Figuren der Nachkriegszeit macht“.

Es ist wahrlich nicht wenig, wessen man den einstigen stellvertretenden Ministerpräsidenten anklagt: als Eisenbahnminister habe Stribrny seinem Bruder Franz 20 Millionen tsch. K. bei Kohlenlieferungen an Provisionen verdienen lassen, habe 1923 während des Bergarbeiterstreiks wissentlich Unregelmäßigkeiten bei der Lieferung der sogenannten Notkohle geduldet, aus denen seine Verwandten und vielleicht auch er selbst Vorteile zogen (so sei böhmische Kohle nach Oesterreich verschoben und von dort als englische zurückgekauft worden!), er habe 1920 beim Einkauf von Frachtenwaggons in Deutschland (Vermittler dieses Kaufes war ein Uhrenhändler!) zum schweren Schaden des Staates gröbste Unregelmäßigkeiten geduldet; als Postminister habe er zur Deckung einer Privatschuld staatliches Eigentum in Privatpfand gegeben, habe als Abgeordneter Entlohnung für Interventionen genommen, habe auf Grund einer gefälschten Bilanz eine ihm und seinem Bruder nahestehende Bank aus Staatsmitteln saniert, habe schließlich als Minister „staatliche Lieferungen zur systematischen Bereicherung seiner Verwandtschaft vergeben und wurde hiefür von seinen bereicherten Verwandten entlohnt“. Es ist geradezu ein Abgrund von Korruption, der sich durch diesen Bericht

vor der Oeffentlichkeit auftut. Aufgezeigt wird, wie Stribrny, der „große, staatserhaltende Patriot und Mann des Umsturzes die Kassen der Republik gebrandschatzt hat, wie Staatslieferungen unter den übelsten Erpressungen vergeben wurden, wie sich der Bauch der Korruption auftat und Millionen Provisionen und Schmiergelder verschlang, wie die Verwaltung zur Dirne der Parteiprotektion herabsank".

Georg Stribrny hat aber diese Anklagen nicht ruhig hingenommen, hat vielmehr versucht, sie in einer fast hundertseitigen Verteidigungsschrift und bei der Verhandlung vor dem parlamentarischen Ausschuß zu widerlegen; er ging aber auch zum Angriff über, sprach dem Berichterstatter des Ausschusses, dem tschechischen Sozialdemokraten Koudelka, die moralische Eignung für sein Amt ab, verwies auf die großen Zuwendungen, die sein Bruder der nationalsozialistischen Partei machte, behauptete, daß Leute, deren Tätigkeit man jetzt ihm zur Last legt, Freunde des Gesandten Jan Masaryk, des Sohnes des Präsidenten, waren und vom jetzigen Ministerpräsidenten Udrzal als Vermittler bei Geschäften verwendet wurden; er erklärt, „daß diese ganze Hetze von getarnten Stellen geleitet wird, die mehr als elf Jahre unkontrolliert über Hundertmillionenfonds wirtschaften und die heute noch nicht die Rechnungen über die Millionensammlungen amerikanischer Revolutionsdollars vorgelegt haben"; von den Kohlengeschäften habe seinerzeit „das ganze Kabinett gewußt", „eben aus diesen dunklen Kohlengewinnen hat auch der Außenminister Benesch, darüber ist eine Quittung da, einen Hunderttausendbetrag von Franz Stribrny bekommen" und auch heute noch seien die Parteien an diesen Kohlengeschäften beteiligt. Dem ehemaligen Minister Klofatsch, dem Führer der nationalsozialistischen Partei, wirft Stribrny vor, Senator Klofatsch habe ihn als Eisenbahnminister ersucht, 10 v. H. der Kohlenlieferungen für die Benesch-Partei und für die Liquidierung der Klofatsch gehörenden Schokoladefabrik in Welleslawin zu überweisen; weitere schwere Beschuldigungen erhebt er gegen eine Reihe anderer Führer der tschechischen Nationalsozialisten und droht in einem seiner Blätter, nunmehr „die ganze Geschichte dieser Partei, die nicht nur Geschenke genommen hat, sondern sogar ordentliche Gesellschafterin bei den Kohlengeschäften war, an das Tageslicht zu zerren".

Eine erfreuliche Erscheinung ist dieser Georg Stribrny, dieser tschechische Revolutionsheld und vielgepriesene engste Mitarbeiter eines Raschin und Svehla im Nationalausschuß, bestimmt nicht! Denn „im Schatten seiner nationalen Stelle machte er", so schreibt ein sudetendeutsches Blatt, „jene Geschäfte, die ihn jetzt vor den Untersuchungsausschuß des Parlaments brachten. 1921 beschließt sein Parteitag, mit aller Macht sich für die Sozialisierung der Gruben einzusetzen. Und kurz darauf nimmt der Parteiführer drei Millionen entgegen aus den Händen eines Grubenbesitzers, damit die Parteipresse nicht für die Sozialisierung der Gruben eintrete. Der Mann, der unter dem Schlagwort des radikalen Nationalismus oft die Moral in der Politik feierte, verschloß sich ihr, wenn es galt, sein und seines Bruders Schäfchen ins Trockene zu bringen. Fürwahr ein feiner Vertreter des tschechischen Nationalismus, den er so oft für sich und seine Partei mit Beschlag belegte, um im Zeichen dieses Nationalismus an der Macht sich zu halten und gleichzeitig im Trüben zu fischen. Das war der Mann, der den Massenabbau deutscher Eisenbahner inaugurierte und auch durchführte, der Mann, der aber hunderte deutsche Familienväter der Not preisgab, die heute ihre Vergeltung erleben". Aber ist er allein der Schuldige? Gehören nicht gleich ihm viele andere Helden und Führer des tschechischen Volkes auf die Anklagebank und ist nicht das ganze System, wie es im Tschechenstaat herrscht, vor aller Welt gebrandmarkt? Niemandem wird Dr. Benesch mit seinen Freunden einreden können, daß diese Untersuchung gegen Stribrny aus dem Gefühl für Sauberkeit, für Anständigkeit im öffentlichen Leben unternommen wurde. Denn all das, was man jetzt dem mehrmaligen Minister vorwarf, ist seit Jahren öffentliches Geheimnis und Gesprächsstoff unter Politikern, Geschäftsleuten und Zeitungsmenschen, all die „Sünden Stribrnys stanken schon auf, als er noch nationalsozialistischer Minister, ja sogar eine Zeitlang zweiter Ministerpräsident war". Der Kampf gegen Stribrny wurde nicht unternommen und wird nicht aus Gründen der öffentlichen Moral geführt, nicht deshalb, um einen unsauberen und unreinen Politiker auszuschalten, denn dies hätte schon vor Jahren geschehen können und müssen, sondern nur aus politischer Rache heraus, um einen Mann zu erledigen, der aus einem Parteifreund und persönlichen Anhänger zum Parteigegner, zum persönlichen Feind wurde, der es wagte, gegen den Außenminister und seine Partei aufzutreten. Herrn Dr. Benesch und seinen Freunden fehlt jede, auch die geringste moralische Grundlage für seinen Kampf, der tschechische Außenminister und sein Anhang haben nicht die geringste Berechtigung, nun auf einmal die sittlich Entrüsteten zu spielen.

Bei der Durchführung der Untersuchung gegen Stribrny ging es höchst eigentümlich zu: die tschechischen Nationalsozialisten entsenden in den Ausschuß gerade den Abg. Stransky, machen also den Ankläger zum Mitrichter; noch vor Beginn der Untersuchungsarbeiten setzt sich ein Flügel der Nationalsozialisten für Einstellung der ganzen Untersuchung ein; dann werden aus der ursprünglichen Fassung des Berichtes mehrere Stellen herausgestrichen, die sich auf die nationalsozialistische Partei beziehen. Tagelang verhandelte dann der Ausschuß, vertagte sich mehrmals, der groß angekündete „Kampf um die moralisch
des öffentlichen Lebens" wurde immer mehr zu e
tischen Komödie, bei der es sich nicht meh
Rechtsempfinden, sondern um das Ansehen der
Koalitionsparteien handelte. Nach langen Verh
gelang es dann endlich dem Eingreifen des Mi
denten Udrzal, die tschechischen Parteien zur
einer Kompromißformel zu bewegen, in
Untersuchungsausschuß dem Abgeordnetenhaus vo
wird: Der Bericht des Untersuchungsausschusses
Abgeordnetenhaus zur Kenntnis genommen.
schließt, die Akten des Untersuchungsausschusses
rung abzutreten, damit sie weitere notwendige S
leite. Der Regierung wird aufgetragen, entschiei
nahmen zu treffen, damit die Mißstände in d
verwaltung und Unzukömmlichkeiten in der Aus

e Reinheit
iner poli-
r um das
tschechischen
handlungen
nisterpräsi-
Annahme
. der vom
orgeschlagen
wird vom
Dieses be-
der Regie-
chritte ein-
dene Maß-
er Staats-
übung der

Mandate der Mitglieder des Abgeordnetenhauses mit allen Mitteln bekämpft werden. Der Regierung wird aufgetragen, sich in der nächsten Zeit mit einer solchen Regelung des staatlichen Lieferungswesens zu befassen, welche eine Verletzung der Reinheit der öffentlichen Verwaltung und eine Schädigung des Staates verhindern würde. Außerdem wurde vom Untersuchungsausschuß ein neuer Bericht für das Plenum verfaßt, der im Gegensatz zu dem vom Berichterstatter Koudelka ursprünglich vorgelegten 154 Seiten umfassenden Bericht nur aus zwei Seiten besteht, in denen mit keinem Wort auf die sachlichen Beschuldigungen Dr. Stranskys und auf die handgreiflichen Ergebnisse des Beweisverfahrens eingegangen, sondern nur ganz allgemein festgestellt wird: „Die Tatsache, daß während der Amtszeit des Abg. Stribrny als Eisenbahnminister in der Kohlenwirtschaft der Staatsbahnen die Lieferungen zur Eintreibung von Provisionen mißbraucht wurden, begründet eine ungünstige Meinung über Stribrnys Ehrenhaftigkeit."

In einer ganztägigen, mitunter stürmischen Sitzung hat sich das Abgeordnetenhaus am 26. Juni mit der Angelegenheit beschäftigt und bei Ablehnung mehrerer von deutschen Parteien beantragten Aenderungen die Anträge des Ausschusses angenommen. In die Wechselrede griff auch Abg. Dr. Kramarsch ein, der die in einzelnen Ministerien herrschende Provisionswirtschaft feststellte und bewegten Herzens klagte: „So habe ich mir diesen Staat nicht vorgestellt, als wir für seine Befreiung unser Leben in die Schanze schlugen."

Erledigt ist damit der Fall Stribrny noch nicht, denn nun wird es sich zeigen, ob die Regierung und die tschechischen Koalitionsparteien den Mut aufbringen werden, die Untersuchung auch gegen jene aufzunehmen, gegen die Stribrny die schwersten Beschuldigungen erhob; zeigen wird es sich, ob die Regierung überhaupt Macht und Möglichkeit hat, für „die Reinheit der öffentlichen Verwaltung" Sorge zu tragen und „Unzukömmlichkeiten in der Ausübung der Mandate" abzustellen oder ob sie nicht vor der Durchführung der ihr überwiesenen Aufgaben zurückschrecken wird. Denn die Stribrny-Angelegenheit hat neuerlich in geradezu erschreckender Weise aufgezeigt, welches Unmaß von Korruption und parteipolitischer Mißwirtschaft im ganzen Staate herrscht, daß es sich nicht um einen Einzelfall handelt, sondern daß im Tschechenstaate Fäulnis an allen Ecken herrscht und Sumpfpflanzen überall gedeihen. Selbst die „Narodni Politika" muß klagend schreiben, im alten Oesterreich hätten die politischen Führer immer peinlichst darauf geachtet, daß sie mit reinen Händen in den politischen Kampf eingreifen, aber mit der Erreichung der politischen Freiheit glauben einige politischen Parteien auch unbegrenzte Möglichkeiten zur Erlangung von Geldmitteln auf Staatskosten zu besitzen. Und das Hauptblatt der tschechischen katholischen Volkspartei, die „Lidove Listy", erklären: „. . . Alles, was in der Anklage und der Verteidigung Stribrnys enthalten ist, beweist, daß das System der Korruption tief in den ganzen öffentlichen Apparat in der Republik hineingewachsen und geeignet ist, den Glauben der Oeffentlichkeit an die Demokratie zu schwächen. Die Regisseure des Prozesses . . . . halten den geteilten Vorhang über der Szene so, daß man nur die Schuld Stribrnys sieht, und bemühen sich im Schweiße ihres Angesichtes, die Umwelt zu verdecken, aus welcher mit logischer Notwendigkeit die Blüten der geradezu klassischen Korruption emporsprießen mußten. . . . Das nationalsozialistische Milieu und seine versumpfte zynisch-optimistische Moral waren es, wo die Korruption der Nachkriegszeit die klassischen Formen annehmen konnte . . . Diese Partei ohne festes, ideales Programm . . . hatte . . . Stribrny hat niemals allein für sich, sondern immer für die Partei gehandelt, mit der er dann hinter dem Vorhang den Gewinn geteilt hat. Diese Moral lebt in vielen und verschiedenen Formen im tschechischen Parteileben weiter . . . Das ganze Regime hat Stribrny ermöglicht und ermöglicht bis heute eine ganze Reihe kleiner Stribrnys . . . Ankläger ist die nationalsozialistische Partei, deren Quittungen über die Korruptionsgelder Stribrny in der Tasche hat. Die jahrelang von Stribrny ausgehaltene Partei, die Partei, die . . . Millionen von einem Politiker annahm, der noch kurz vorher kein Geld hatte, um sich ein Nachtmahl zu kaufen, die Partei, die ihn dem Volk als ihren Delegierten an die Spitze der Regierung präsentierte, diese Partei verlangt heute von den Bürgern, im Verlangen nach dem Kopf Stribrnys . . . ein Verlangen der erwachten Moral zu erblicken! . . . Das ist ein bißchen viel verlangt." — Und einer der Führer dieser tschechischen nationalsozialistischen Partei, der selbst von Tschechen eine „versumpfte, zynisch-optimistische Moral" vorgeworfen wird, ist Herr Dr. Eduard Benesch, der sich noch immer anmaßt, als Außenminister des tschechoslowakischen Staates in der Weltpolitik eine Rolle zu spielen.

Eindrücke von den Tagungen in Gmunden.

Von Hans Knirsch, Mitglied des tschechoslowakischen Parlaments.

Unsere Heimatbünde sind in den Augen der Prager Regierung irredentistische Vereinigungen. Jede Erwähnung derselben in der Presse der Heimat wird daher unterdrückt. Wir wissen, daß diese amtliche Prager Beurteilung von Vereinigungen, die neben der Pflege der Heimatliebe den geistigen Kampf für das Eigenrecht der Völker auf ihre Fahnen geschrieben haben, nur eines der Mittel zum Zwecke ist, den völkisch-kulturellen Zusammenhang des Sudetendeutschtums mit dem Gesamtdeutschtum zu unterbinden. Von ministerieller Seite hier werden solche Absichten zwar immer mit Entrüstung zurückgewiesen. Diese Entrüstung wird jedoch wieder einmal durch die Tatsache in das rechte Licht gerückt, daß der tschechische Staatsanwalt sogar die Zeitungen beschlagnahmte, die von den Feierlichkeiten der Uebergabe des „Platzes der Sudetendeutschen" und der Enthüllung des Denkmales für das Selbstbestimmungsrecht in Gmunden berichteten, trotzdem in diesen Berichten mit keinem Worte von den Heimatbünden und deren Tagung gesprochen wurde. Die Heimat soll es eben nicht wissen und erfahren, daß die Deutschen jenseits der blauweißroten Grenzpfähle sich innig verbunden fühlen mit dem Schicksale des Sudetendeutschtums und mit dessen Ringen und Streben. Diese Verbundenheit in den deutschen Ländern, die heute selbst unfrei und mit eigenen Sorgen und Nöten beladen sind, immer lebendig zu erhalten, die geistigen und kulturellen Bande zwischen dem Volkstum hüben und drüben zu vertiefen und enger zu knüpfen, war und ist freilich eine der wichtigsten Aufgaben der Heimatbünde. Und deshalb die Aechtung derselben durch die tschechischen Staatslenker, weil diese im Erwachen der Deutschen über alle Grenzen und Stämme hinweg zum Volksbewußtsein das gefährlichste Hindernis für ihre Einschmelzungspläne und staatliche Ideologie sehen.

Die zwei schönen Denkmäler in Gmunden, der „Platz der Sudetendeutschen" und das sich auf diesem erhebende

Denkmal für das Selbstbestimmungsrecht, vor denen ich zu Pfingsten mit tausenden Volksgenossen tief bewegt stand, symbolisieren erhebend schön dieses Wollen der Heimatbünde und sind zugleich sprechende Zeugen dafür, daß dieses Wollen immer mehr Gemeingut aller Deutschen wird. Das war wohl der tiefste Eindruck, den ich von den Gmundner Festtagen mit in die Heimat nahm. Der Festschmuck, den die wundervoll gelegene Stadt angelegt hatte, war keine äußerliche Höflichkeit, man fühlte es allüberall, daß die Herzen der Bevölkerung mitlebten und es echte Empfindung war, was das Stadtoberhaupt Dr. Thomas am Festabende und bei der Enthüllungsfeier zum Ausdrucke brachte.

Im Hinblicke auf die parteipolitischen Kämpfe in der Heimat und auf die Wandlungen der Anschauungen in derselben über Wege und Probleme hat sich auch mancher Landsmann im Reiche und in Deutschösterreich schon gefragt, ob denn nicht auch die zielweisenden Grundlagen für die Arbeit der Heimatbünde eine Aenderung erfahren sollen. Solche Stimmungen und Erwägungen dürften nunmehr wohl kaum noch auftauchen. Klarer denn je vielleicht steht heute vor den Führern und Geführten Sinn und Wesen der Heimatbundbewegung: Wegbereiter und Kämpfer für die höchsten Ideale unseres Volkes zu sein und zu bleiben, Wegbereiter und Kämpfer zur Einheit und Freiheit. Die Wege der politischen Parteien der Heimat sind nicht frei und werden leider vielfach von tagespolitischen Gesichtspunkten bestimmt. Im Reiche und in Deutschösterreich muß man sich bei Betrachtung der Erscheinungen in der Heimat vor Augen halten, daß diese unter Fremdherrschaft steht, was ja eben die Heimatbundbewegung außerhalb der Heimat zu einer unerläßlichen Notwendigkeit macht.

Die Pfingsttage von Gmunden waren Arbeits- und Festtage im schönsten Sinne des Wortes. Sie erfüllten uns mit neuer Arbeitsfreude und stärkten uns in unserem Glauben an die Erfüllung unserer Sendung.

* * *

Die 12. Kreishauptversammlung des Sudetendeutschen Heimatbundes, Kreis Deutschösterreich, war eine würdige und machtvolle Kundgebung für Sudetendeutschland und das gesamte Grenzlanddeutschtum. Der innere Verlauf der ganzen Tagung war ein außerordentlich befriedigender, war er doch getragen von dem festen einheitlichen Willen aller Amtswalter und Vertrauensleute, wurde er doch durch nicht einen Mißton gestört. In der Sitzung des Kreisvorstandes, die den ganzen Vormittag des 23. Mai ausfüllte, wurden nach den Berichten des Kreisvorsitzenden Hofrat Ipolt und der Leitungsmitglieder Prof. Karner, Lintl und Schembera die Lage des Kreises, seine Arbeitsmöglichkeiten und weiteren Aufgaben, die er innerhalb des Gesamtbundes zu leisten hat, gründlich erörtert. In der Vertrauensmännerversammlung, an der auch aus der Heimat Abgeordneter Hans Knirsch teilnahm, haben Bundesvorsitzender Hofrat Partisch, Kreisgeschäftsführer Dr. Maschke und Prof. Karner die wichtigsten Fragen der sudetendeutschen Arbeit in umfassenden Berichten eingehend besprochen. Ausdrücklich festgestellt wurde hiebei neuerlich, daß nach wie vor die Grundlage der Arbeit die Forderung nach dem Rechte auf Selbstbestimmung bleibt und daß nur dieses das Endziel der sudetendeutschen Freiheitsbewegung sein kann.

Am Abend des 23. Mai fand in dem prachtvollen, herrlich geschmückten großen Saale des städtischen Kurhauses ein sudetendeutscher Festabend statt. Nach der Begrüßung der Gäste durch Prof. Thumser, dem Obmann der Gmundener Zweigstelle, sprach namens der Landesregierung Hofrat Pachta-Rayhofen, die Grüße der Stadt Gmunden überbrachte Bürgermeister Dr. Thomas, selbst ein gebürtiger Sudetendeutscher. Für den Sudetendeutschen Heimatbund und für den Kreis Deutschösterreich sprach der erste Bundesvorsitzende Hofrat Partisch und die Grüße der Heimat übermittelte Abgeordneter Hans Knirsch.

Die Kreishauptversammlung, die am Pfingstsonntag vormittags stattfand, zeigte dann, wohl auch infolge der gründlichen

Vorberatungen, das schöne Bild geschlossener Einheit, wie es bei einem Kampfbund, den unser Sudetendeutscher Heimatbund mit all seinen Kreisen darstellt, auch unbedingt der Fall sein muß. Nach den Begrüßungsworten durch das Mitglied des Bundesvorstandes Herrn Bürgermeister Karl Weiß (Bad Reichenhall), dem ersten Vorsitzenden des Kreises Bayern, wurden die einzelnen Berichte erstattet, und zwar vom Geschäftsführer Dr. Maschke der Arbeitsbericht über das Vereinsjahr 1930, vom Zahlmeister Lintl der finanzielle Bericht und von Dr. Leitner der Bericht des Aufsichtsrates. Alle Berichte wurden mit großer Befriedigung und Dank zur Kenntnis genommen, die Anträge fanden einstimmige Annahme und die Neuwahlen wurden mit Stimmeneinhelligkeit vorgenommen.

Zum Schluß der Hauptversammlung wurde auf Vorschlag der Kreisleitung nachstehende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die bei der Hauptversammlung des Sudetendeutschen Heimatbundes, Kreis Deutschösterreich, aus allen Teilen Oesterreichs anwesenden Vertreter begrüßen den Plan der deutsch-österreichischen Zollunion als einen wichtigen Schritt der wirtschaftlichen Gesundung des deutschen Volkes und geben der Befriedigung Ausdruck, daß die sudetendeutsche Heimat diesem Plane durch Erklärungen der Wirtschaftsverbände und der Politik so offenkundig zugestimmt hat.

Gleichzeitig verweisen sie darauf, daß der tschechische Außenminister auch diesmal aus unversöhnlicher Feindseligkeit gegen das Deutschtum diesen durch die Lebensnot erzwungenen Schritt Oesterreichs und des Deutschen Reiches zu vereiteln trachtet. Seit mehr als zwölf Jahren stellt sich jederzeit die Politik des Prager Außenministers gegen die Anbahnung einer wahren Befriedung Europas.

Im Zusammenhang mit dieser Feststellung lenkt die Versammlung die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit auf das staatsfeindliche Treiben eines Teiles der Wiener Presse, die, erwiesenermaßen im tschechischen Solde stehend, die Zollunion bekämpft und sich so auf österreichischem Boden gegen die Lebensinteressen des Staates und seiner Wirtschaft ungestraft vergangen hat. Die Versammlung legt die Frage vor, wie lange die Behörden solch offenkundig staatsfeindlichem Treiben einer vom Auslande besoldeten Presse zusehen werden."

Am Sonntag nachmittags zog durch die reich beflaggten Straßen der Stadt ein großer Festzug, an dem sich neben Abordnungen der einzelnen Zweigstellen und der Egerländer Gemeinden aus Linz, Wels und Salzburg auch die Gmundener Ortsvereine beteiligten, zum neuen „Platz der Sudetendeutschen". Auf diesem wurde ein von der Zweigstelle Gmunden des Sudetendeutschen Heimatbundes der Stadtgemeinde gewidmetes Denkmal übergeben, das durch seine Inschrift und seine Darstellung auf Sudetendeutschland und sein unverjährbares Recht auf Selbstbestimmung hinweist. Der Bürgermeister von Gmunden übernahm mit Dankesworten das Denkmal in die Obhut der Stadt, namens des Sudetendeutschen Heimatbundes würdigte Schriftleiter Dr. Krotsch (Salzburg) die Bedeutung der Platzbenennung und der Aufstellung des Denkmals.

Für die so glänzende Durchführung der Tagung, besonders aber für die Errichtung dieses Denkmals, das nach den Entwürfen unseres Landsmannes, des Bildhauers Ludwig Galasek, errichtet wurde und das als das erste in der Welt auf das unverjährbare Recht nicht nur unserer Heimat, sondern aller Kulturvölker hinweist, hat sich die Gmundener Zweigstelle die Anerkennung und den wärmsten Dank des Kreises Deutschösterreich und des ganzen Bundes, ja der ganzen sudetendeutschen Heimat erworben.

Die Beratungen in Gmunden haben neuerlich die unbedingte Notwendigkeit der sudetendeutschen Freiheitsbewegung aufgezeigt, haben neuerlich allen Vertrauensleuten und Amtswaltern die Ueber-

zeugung gebracht, daß wir im Sudetendeutschen Heimatbund und in seinen Kreisen pflichtgemäß zielbewußte Arbeit für unsere Heimat zu leisten haben, die nur wir als der Anwalt Sudetendeutschlands durchführen und auch nur wir leisten können. Die Zusammenarbeit aller Stellen unseres Sudetendeutschen Heimatbundes, von der Bundesleitung, den Kreisleitungen, den Gauverbänden und Zweigvereinen, den Heimatgruppen und Zweigstellen an bis zu jedem Einzelmitglied, bringt uns unserem Endziel näher: Selbstbestimmung für das gesamte deutsche Volk, Freiheit für unsere sudetendeutsche Heimat!

Die deutsch-österreichische Zollunion und ihre Gegenspieler.

Im Weltwirtschaftsinstitut der Handelshochschule Leipzig behandelte der Sekretär im Zentralbüro des Deutschen Hauptverbandes der Industrie, Dr. Karl Janovsky, diese wichtige Frage:

Für die wirtschaftliche und politische Gesundung der alten Welt sind, so führte der Redner aus, Coudenhove-Kalergi und nach ihm eine Reihe anderer Wirtschaftler, Politiker und Idealisten als Vorkämpfer für paneuropäische Wirtschaftsziele auf den Plan getreten. Die deutsch-österreichischen, auf eine Zollunion hinauslaufenden Bestrebungen unterscheiden sich von den Gesamteuropa umfassenden Einigungsbestrebungen keineswegs in der Zielrichtung, sondern lediglich hinsichtlich des einzuschlagenden Weges. In Wien und in Berlin glaubt man von unten stufenweise zu dem Ziele zu gelangen, während in Westeuropa vielfach die Auffassung vorherrscht, daß man in der Schaffung größerer Wirtschaftsräume entweder alles erreichen oder sich mit den gegenwärtig chaotischen Zuständen begnügen müsse. In dieser Beleuchtung können die mitteleuropäischen Bestrebungen als auf die Praxis hinzielend gekennzeichnet werden, während die paneuropäische Wirtschaftsbewegung vielfach nicht sehen will, an wie vielen Stellen sich ihre ideellen Ziele im harten Raume der Wirklichkeit stoßen und verletzen.

Dr. Janovsky befaßte sich eingehend mit der Bedeutung des Wiener Protokolls für den gesamten mitteleuropäischen Raum. Er erörterte die sich für Oesterreich aus der Zollgemeinschaft mit Deutschland ergebenden Vor- und Nachteile, besonders von der produktionspolitischen Seite her und kam dabei zu dem Schlusse, daß für Oesterreich in seiner Gesamtheit die Vorteile bei weitem die Nachteile überwiegen, ganz abgesehen von den Wiederaufstiegsmöglichkeiten, die sich Wien erschließen würden. Diese nicht nur an geschichtlichen und kulturellen, sondern auch an geschäftlichen Traditionen so reiche Donaustadt brauchte sich nicht mehr mit der in der Nachkriegszeit aufgezwungenen Funktion des Güterdurchzugsverkehres zu bescheiden, sondern könnte sich allmählich zu einem Knotenpunkte des Verkehres nach dem europäischen Südosten und dem Orient neuerlich emporarbeiten. Durch die Gunst seiner Verkehrslage hat Oesterreichs Hauptstadt nicht nur ein dem Osten zugekehrtes Antlitz, sondern in Wirklichkeit ein Janusgesicht, in welchem sich der Handelsverkehr vom Westen nach Osten und Südosten, gleicherweise wie jener vom Norden nach dem Süden deutlich widerspiegelt.

Weiter untersuchte dann Dr. Janovsky die Vor- und Nachteile, welche die übrigen in Mitteleuropa denkbaren Kombinationen den Vertragspartnern bringen würden. So besprach er die Bestrebungen der Schaffung einer Kleinen Wirtschaftsentente und das Projekt der Bildung einer Prag—Warschauer Zollunion. In beiden Fällen kam der Vortragende auf Grund einer Betrachtung vom wirtschafts- und verkehrsgeographischen Standpunkt zu dem Schlusse, daß diesen Kombinationen die unbedingt notwendige innere Gemeinsamkeit einer sich gegenseitig ergänzenden Wirtschaftsstruktur fehlt. Wie sich nur entgegengesetzte Pole zu einem ständigen Stromkreise schließen lassen, genau so müssen auch alle für eine engere Wirtschaftsgemeinschaft in Aussicht genommenen Staaten ein Mindestmaß an sogenanntem wirtschaftlichen Gefälle aufweisen, das erst die Möglichkeit der Vertiefung des gegenseitigen Warenaustausches sowie des Verkehres ergibt. Ganz besonders überzeugend waren die Darlegungen Dr. Janovskys, soweit sie auf den Beweis abzielten, daß der mitteleuropäische Raum trotz der diesen durchziehenden Staats- und Wirtschaftsgrenzen eine lebendige Einheit ist und daß im Rahmen dieser den einzelnen Landstrichen eine grundverschiedene Bedeutung zukommt.

Die „freundnachbarlichen" Tschechen.

Wo und wann immer nur sich eine Gelegenheit bietet, beteuern die tschechischen Machthaber, vor allem aber der tschechische Außenminister Dr. Benesch, die tschechische Oeffentlichkeit sei Deutschland und dem deutschen Volke freundlich gesinnt. Keine Woche aber vergeht, ohne daß diese Behauptungen durch Ereignisse, Vorfälle, Reden irgendwelcher tschechischer Führer oder Aeußerungen maßgebender Parteiblätter in das richtige Licht als inhaltsleere Redensarten oder Unwahrheiten gebrandmarkt würden.

Jüngst war es der tschechische Gesandte in Paris, Herr Osusky, der aus seinem Herzen keine Mördergrube machte und seine deutschfeindliche Einstellung offenbarte. Wie nämlich das tschechoslowakische Preßbüro in der Nacht vom 8. auf den 9. Juni meldete, hat dieser Herr auf einer Tagung der ehemaligen französischen Frontsoldaten in einer Rede die französisch-tschechische Freundschaft betont, hat dabei auch die Frage der Kriegsschuld aufgerollt und hiebei erklärt: „Manche unserer ehemaligen Feinde sind bestrebt, sich von der Verantwortung für den schrecklichen Krieg von 1914 zu reinigen . . . Wenn unsere ehemaligen Feinde nicht Helden des Verbrechens sein wollen, wollen wir nicht die Märtyrer eines Irrtums sein . . ." Daß die amtliche Nachrichtenstelle des tschechoslowakischen Staates sich bemüßigt sieht, eine derartige Aeußerung, die, gelinde gesagt, eine schwere Beleidigung des ganzen deutschen Volkes darstellt, in der ganzen Welt zu verbreiten, zeigt zur Genüge die deutschfeindliche Einstellung der Tschechen. Bezeichnend ist es auch, daß Wochen nachher noch kein Wort der Rüge und Entschuldigung fiel und daß Dr. Benesch die diesbezügliche Anfrage von vier sudetendeutschen Parteien unbeantwortet ließ.

Ein anderer Vorfall: Kürzlich wurde an Prager tschechischen Mittelschulen ein Flugblatt verteilt, worin die Mittelschüler zum Beitritt in die nationale Schützengemeinde in Prag eingeladen werden; in dieser Einladung heißt es: „Denket daran, daß ihr nur zwei Möglichkeiten habt: Entweder tschechoslowakische Soldaten zu werden oder preußische, denn im Falle der Abrüstung würden wir in Hinkunft sicher von der germanischen Uebermacht verschlungen und auf diese Weise genötigt werden, gegen unseren Willen in einer fremden Armee zu dienen."

Recht eindeutig gegen das deutsche Volk gerichtet ist die Stellungnahme der gesamten tschechischen Presse zu den Bemühungen des Deutschen Reiches, einen unbedingt notwendigen Ausweg aus einer geradezu furchtbaren Notlage zu finden, und zu dem Vorschlage des amerikanischen Präsidenten Hoover auf Gewährung eines allgemeinen Zahlungsaufschubes. Das Benesch-Blatt „Narodni Osvobozeni" ist ganz unglücklich darüber, daß Hoover einen solchen Schritt, ohne vorher Frankreich um seine Meinung zu fragen, unternommen hat; die „Narodni Listy" sehen schwere Gefahren für den Versailler Vertrag voraus und verlangen die Einsetzung einer interalliierten Kontrolle für Deutschland. Das Blatt des Ministerpräsidenten, „Vecer", bringt das Bild Hoovers mit der geistreichen Ueberschrift „Reichst du dem Teufel einen Finger, will er gleich die ganze Hand"; die Zeitung ärgert sich darüber, daß Deutschland irgendeine Erleichterung erlangen könne und vermutet, daß „Deutschland nach diesem Jahre überhaupt keine Lust mehr zeigen werde, Reparationen zu bezahlen, und da es sich inzwischen gestärkt haben wird, wird es sicherlich die Kolonien und den polnischen Korridor und eine Revision des Versailler Vertrages fordern". Und die Auswirkungen der Stundung auf dem Weltmarkte, der von deutschen Waren nur so überschwemmt werden wird, seien überhaupt unübersehbar. Das sozialdemokratische Parteiorgan „Pravo Lidu", das sonst immer behauptet, für die europäische Solidarität etwas

übrig zu haben, spricht auf einmal von einem „moralisch gefährlichen Einfluß der vollkommenen Unterbrechung der Reparationszahlungen Deutschlands ohne Garantien"! Geradezu unverschämt aber sind die Aeußerungen der „Narodni Listy". Dieses Blatt schreibt, es sei notwendig, dem dreisten Spiel Deutschlands ein Ende zu bereiten. Wenn Deutschland politisch erpressen wolle, dann möge es sich anderwärts die Leute suchen, von denen es etwas erpressen kann. Es müsse endlich offen gesagt werden, daß die Politik der Drohungen und des Hasardspieles mit der Wirtschaftslage und mit dem finanziellen Chaos Europa nicht um die Nerven bringen dürfe. Kaum hatte Frankreich den Rhein geräumt, kam die Anschlußfrage, kam Chequers, die Forderung nach neuerlicher Herabsetzung, ja sogar Einstellung der Reparationszahlungen und selbst die Forderung nach Erhöhung der deutschen Rüstungen. Die Hilfe Europas werde mit Mitteln gefordert, welche im Interesse Europas und Deutschlands selbst in höflicher, aber energischer Weise abgelehnt werden müßten.

Bei der nächsten Gelegenheit wird es aber Herr Benesch nicht verabsäumen, wiederum zu behaupten, er und alle Tschechen wünschen innigst die besten freundnachbarlichen Beziehungen zum deutschen Volk und seinen zwei Staaten.

Streiflichter.

Während es — leider — hie und da noch immer Leute gibt, die aus einem gewissen kleinlichen Kantönligeist heraus es bekritteln, daß Sudetendeutsche, die oft schon Jahrzehnte lang in Deutschösterreich leben, in ihrer neuen Heimat im öffentlichen Leben eine Rolle spielen und maßgebende Stellen im Staate und in der Privatwirtschaft bekleiden, wurde schon oft bedauert, daß durch die neuen Grenzen ein weiterer Zustrom sudetendeutscher Menschen nach Deutschösterreich unterbleiben muß. So schreibt unter der Ueberschrift „Talente werden gesucht" das „Neue Wiener Tagblatt" in seinem Leitaufsatz am 14. Juni unter anderem:

„Man täte freilich Unrecht, lediglich jenen einen Vorwurf zu machen, deren Pflicht es gewesen wäre, geeigneten Nachwuchs heranzuzüchten. Vielerlei Umstände, die außerhalb des Machtbereiches der einzelnen liegen, haben mitgewirkt, um den Mangel an starken Persönlichkeiten herbeizuführen. Zumal in unserem Lande. Das Reservoir, aus dem wir die Talente beziehen können, ist kleiner geworden. Uns fehlen vor allem die Deutschen der Sudetenländer, diese tüchtigen Menschen aus Böhmen, Mähren und Schlesien, die die alte Tradition solider bürgerlicher Arbeit, die Gewissenhaftigkeit, die Zähigkeit und den Fleiß mitbrachten. Sie fehlen uns im öffentlichen Leben wie in der Wirtschaft."

Auf dem Kreisparteitag des Bundes der Landwirte, der am 7. Juni in Karlsbad stattfand, sprach Abg. Rudolf Böhm über die politische Lage, wobei er sich mit der **Zollunion** befaßte. Redner wandte sich gegen die Entstellung des Außenministers Dr. Benesch, dem er vorwarf, daß er den traurigen Mut aufgebracht habe, in den Außenausschüssen des Parlaments zu erklären, er sei unter anderem auch deswegen gegen die Zollunion, weil durch sie der Schutz der heimischen Landwirtschaft übermäßig steigen würde. Es sei geradezu komisch, wie sich Briand und Benesch auf einmal bemühen, die „Unabhängigkeit" der österreichischen Republik zu verteidigen und wie man Zuckerbrot und Peitsche gebrauche, um Oesterreich gefügig zu machen. „Wir als deutsches Landvolk stehen auf dem Standpunkt, daß dieses Zollabkommen ein Rahmenvertrag wäre, dem die Tschechoslowakei beitreten könnte. Aus rein wirtschaftlichen Gründen hätten wir den Beitritt begrüßt und eine Erleichterung für die Landwirtschaft und Industrie erhofft. Der französische Plan dagegen, den auch Benesch befürwortet, bringt nach unserer Ueberzeugung keine Besserung der Lage. Wirtschaftliche Bündnisse mit Polen, Rumänien, Südslawien usw. müssen wir ablehnen, weil eine gleichmäßige Verteilung der agrarischen Produktion in diesem Wirtschaftsblock unmöglich wäre. Es gibt kein wirtschaftliches Bündnis ohne Deutschland in Mitteleuropa. Es gibt für das osteuropäische Getreide nur ein natürliches Absatzgebiet, und das ist eben Deutschland." Der Kreisparteitag nahm dann eine Entschließung (eine ähnliche hat auch der Saazer Kreis des Bundes der Landwirte gefaßt) an, in welcher es unter anderem heißt:

„Die auf dem 13. Kreisparteitag des Bundes der Landwirte in Karlsbad versammelten Vertreter von 330 Ortsgruppen des Kreisverbandes Karlsbad des Bundes der Landwirte erblicken im Anschluß der Tschechoslowakei an ein großes mitteleuropäisches Wirtschaftsgebiet, dem Deutschland und Oesterreich angehören, einen Ausweg aus dem gegenwärtigen Wirtschaftselend. Sie fordern die Parlamentarier des Bundes der Landwirte auf, sich mit aller Entschiedenheit für dieses Ziel einzusetzen. Die Durchführung des französischen Gegenplanes, der leider auch von Außenminister Dr. Benesch befürwortet wird, würde eine vollständige Preisgabe der heimischen Landwirtschaft an die osteuropäischen Agrarstaaten bedeuten und ist daher unter allen Umständen abzulehnen. Bei den Bestrebungen zur Schaffung eines großen Wirtschaftsgebietes in Mitteleuropa dürfen nur wirtschaftliche Erwägungen die ausschlaggebende Rolle spielen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa liegen aber so, daß ein Wirtschaftsgebiet ohne Deutschland als ein Ding der Unmöglichkeit betrachtet werden muß und Mitteleuropa, vor allem aber der tschechoslowakischen Wirtschaft, niemals zum Segen gereichen könnte."

Die unglaubliche **Korruption**, die im tschechischen Staate herrscht und durch die Stribrny-Angelegenheit neuerlich offenkundig wurde, wird in tschechischen Blättern selbst zugegeben. So schreibt „Pritomnost":

„Man findet Unternehmungen, die nur dadurch möglich wurden, daß der Unternehmer oder die unternehmende Gesellschaft — weil sie mußten — einen politischen Interventionsmann als stillen oder öffentlichen Gesellschafter aufnahmen oder daß ein solcher Gesellschafter diese oder jene politische Partei ist, wobei es sich nicht feststellen läßt, welcher Anteil auf die Partei und welcher auf ihren Vertreter entfällt . . . Es gibt sogar Geschäftsunternehmungen, die aus der Initiative politischer Parteien hervorgingen, eigentlich auf Anregung unternehmender Parteimänner hin, die dann einen unpolitischen Faktor als Schild suchen. Allerdings nur in Fällen, in denen es sich um Geschäfte mit dem Staat handelt. Solche lassen sich überhaupt ohne Beteiligung von Politikern nicht machen. Es sind schon Fälle vorgekommen, daß sich am Sonntag eine neue Partei konstituiert und am nächsten Freitag bereits eine Handelsgesellschaft für gewisse Staatslieferungen gegründet hat! . . ."

Der „Obchod", das Blatt des Zentralrates der tschechischen Kaufmannschaft, äußert sich:

„Die Politisierung unseres Lebens hat Ausmaße angenommen, die uns zu ernsten Erwägungen darüber zwingen, mit welchen Mitteln der Zersetzung zu steuern wäre, die in der öffentlichen Verwaltung durch den unmoralischen Druck der politischen Parteien um sich greift, die es als ihre Pflicht ansehen, ihre Klientel in einer nicht immer fairen und den Gesetzen entsprechenden Weise zu protegieren. Der Tummelplatz der politischen Macher sind jetzt namentlich die öffentlichen Lieferungen, für deren Vergebung die Vorschriften der Vergebungsordnung maßgebend sein sollen; in Wirklichkeit kommen bei den öffentlichen Lieferungen jedoch verborgene politische Einflüsse zur Geltung, die grobe Störungen der strikten Vergebungsvorschriften zur Folge haben, die Interessen des Staates schädigen und eine Demoralisierung in die öffentliche Verwaltung bringen. Wir verfügen über Belege darüber, daß ein aktiver Minister der Republik, dessen Ressortaufgabe es ist, die Gerechtigkeit im Staate zu schützen, durch seinen Beamten in einem Amte intervenieren ließ und es durchgesetzt hat, daß eine Lieferung von 30.000 Meter Tuch an eine Firma vergeben wurde, deren Anbot unter die teuersten gehörte!"

Zu den Verhältnissen im Prager Außenamt schreibt „Prazsky Vecernik" unter anderem:

„Ueber die Gesamtzahl der Angestellten im Außendienst laufen so viel Darstellungen um, daß niemand die wirkliche Ziffer genau

feststellen kann. Nach dem Staatsvoranschlag sind für dieses Ressort 1149 Stellen systemisiert, nach den im Mai des vergangenen Jahres veröffentlichten Berichten 1163 Stellen und nach den Berichten vom Jänner des heurigen Jahres 1219. Die Herren von der 'Hvezda' (das ist 'Česke Slovo') haben es schon seit der Umsturzzeit zum Außenministerium genug nahe. Das begann damals mit der Ernennung des Herrn L. Sychrava vom 'Česke Slovo' (jetzt Chefredakteur der 'Narodni Osvobozeni') zum ersten Gesandten in Paris, des Partei-'Bruders' E. Simek zum Konsul in Agram, des 'Bruders' Flieder zum Gesandten in Belgrad. Aus dem 'Bruder' Prokop Max, der sich als Gesandter in Warschau nicht bewährte, machte man einen Büchereivorstand im Ministerpräsidium. Daß dieser Herr Max einen Gehalt der ersten Stufe (1 b Kategorie des höchsten Verwaltungsdienstes) bezieht, obwohl für einen Bibliotheksbeamten seiner Art höchstens die dritte Gehaltsstufe systemisiert ist, wäre vielleicht in jedem anderen Amte eine Kuriosität — nur nicht im Außenministerium! Jetzt wurde er nach Sofia geschickt. Daß man in dieser Personalpolitik fortfahren wird, beweist der Umstand, daß kürzlich der bisherige verantwortliche Redakteur des 'Česke Slovo' 'Bruder' Kopecky aufgenommen und sofort zum Presseattaché bei der Gesandtschaft in Bukarest ernannt wurde. . . . Da wir eine große Anzahl von in die Augen stechenden Fällen festgestellt haben, wäre es an der Zeit, endlich einmal Ordnung zu schaffen, da sonst nichts anderes übrig bleibt, als alle Unzukömmlichkeit nicht nur von der Parlamentstribüne in den nächsten Sitzungen vorzubringen, sondern auch die Presse zur Aufhellung des dunklen Winkels in unserer Administrative zu benützen.

Es ist doch nicht möglich, aus dem Außenministerium ein zweites nationalsozialistisches Sekretariat werden zu lassen. Daß die übrigen tschechischen Koalitionsparteien zu diesem System schweigen, erklärt sich daraus, daß jeder von ihnen Minister Benesch (er ist führendes Mitglied der nationalsozialistischen Partei! Anm.) einen Dienst erwiesen hat. Den Schwiegersohn des Handelsministers ernannte er zum Konsul in Teheran, den Schwiegersohn des nationalsozialistischen Senators Vesely zum Gesandten in Belgrad, den Schwiegersohn Udrzals zum Legationssekretär in Berlin. Am meisten freilich bedachte Benesch seine 'Brüder'. Der Sohn des Abg. Slavicek hat einen Sohn in der Zentrale und der Bruder des Ministers Dr. Jirsa wurde Chef der Vertretung in Moskau."

In einer Abhandlung über den Fall Stribrny schreibt Dr. Wenzel Boucek, ein Vertrauensmann des Präsidenten Masaryk, bekannt durch seine Tätigkeit im Kampfe gegen die Korruption:

„Jetzt dürften selbst die Begriffsstützigen die Ueberzeugung gewinnen, daß bei uns Steuergelder am hellichten Tag millionenweise gestohlen wurden und daß Abwehr mit allen erdenklichen Mitteln nottut. Es genügt, zwei Fälle herauszugreifen: Bei den Kohlenlieferungen an die Staatsbahnen zur Zeit, als Stribrny Eisenbahnminister war, wurden die Steuerträger um 27,857.000 K. geschädigt, wovon Franz Stribrny, der ehrenwerte Bruder des gewesenen Ministers, 16,518.000 K. für sich und seinen Bruder einsteckte. Bei dem Ankauf von Waggons betrugen die 'Schieberprovisionen' (wie der Bericht des Abg. Koudelka sie bezeichnet) 25 Millionen Kronen. Das Regime Stribrnys kostete uns also nur in diesen zwei Fällen über 50 Millionen Kronen an effektiv ausgezahlten Provisionen."

Beherzigenswerte Worte an die sudetendeutsche Heimat richtete beim großen Turnfest in Kaaden der Verbandsturnwart des deutschen Turnverbandes Henlein aus Asch:

„Wir stehen hier auf blutgetränktem und dadurch geheiligtem sudetendeutschen Heimatboden. In uns glüht der Geist des deutschen Frontsoldaten, der Geist wahrer Kameradschaft und unbeugsamen selbstlosen Heldentums. Die Gegenwart stellt uns neue gewaltige Aufgaben, die wir zu erfüllen haben. Vorbedingung der Erfüllung ist die Neuordnung unserer Turnbewegung. Wir sind keine Vereinigung mehr, die nur aus Freude oder um der Gesundheit willen Leibesübungen betreibt, sondern wir sind ein Bund von Menschen, dem die Erhaltung des sudetendeutschen Stammes, seines Lebensraumes und Lebensrechtes heiligstes Gebot ist. Wir predigen nicht Haß gegen andere Völker, aber wir fordern restlose Hingabe und den Dienst für die Zukunft des eigenen Volkes. Die selbstverständliche Vorbedingung für den Wiederaufstieg unseres Volkes ist seine Einigkeit. Parteien und Stände, Gruppen und Bünde haben uns uneinig gemacht, haben unser Volk zerrissen und dadurch geschichtslos werden lassen. Wir 3½ Millionen Sudetendeutschen sind durch unsere Uneinigkeit zum Spielball der anderen geworden, wir sind nicht mehr Träger unserer eigenen Geschichte, sondern man macht mit uns Geschichte. Wir wissen, daß noch viele wirtschaftliche, soziale und kulturelle Ungerechtigkeiten ihrer Lösung harren. Wir Turner wollen aus dem Geiste unserer Kameradschaft heraus stets die Bannerträger sein im Kampfe für Recht und Gerechtigkeit."



Stahlhelm-Kundgebung für das Sudetendeutschtum. In Glatz fand im Auftrage der Bundesführung des Stahlhelms unter stärkster Anteilnahme der Bevölkerung eine bedeutsame Kundgebung für das Sudetendeutschtum statt. Landesführer Mahnken führte hiebei unter anderem aus:

„Die Kameraden der Westmark sind nach hier gekommen, um dadurch um so wirksamer zu bezeugen: So wie ihr alle hinter uns in dem Abwehrkampf am Rhein standet, so soll der Osten überzeugt sein, daß wir im Kampf um Freiheit und Lebensraum der Nation, der nur im Osten angefaßt und entschieden werden kann, da sein werden. In diesem Kampf kommt dem Sudetendeutschtum und dem Problem der Tschechoslowakei, in die dies umkämpfte Bollwerk der Grafschaft wie eine Bastion hineinragt, eine ganz besondere Bedeutung zu. Wir sind überzeugt, daß sich für dieses Problem — anders als bei Polen — eine friedliche Lösung ohne entscheidende Schwierigkeiten finden läßt und daß diese friedliche Lösung im klarsten Interesse der Tschechen selbst liegt. Sie können sich dem völlig eindeutigen Zwang aller Tatsachen auf die Dauer nicht entziehen. Als kleine Nation völlig isoliert, eingesprengt mitten im deutschen Volksboden und Lebensraum, ist jedes Blatt ihrer Geschichte ein Zeugnis für ihre unlösliche Verbundenheit mit Mitteleuropa und ihr Gedeihen nur in Anlehnung an uns. Auf allen Lebensgebieten waren die Deutschen, die auf ihren Wunsch in die leeren Räume dieses Landes kamen, ihre Lehrmeister, Förderer und Mitarbeiter; ihnen verdanken sie alles, sogar das Bewußtsein ihres eigenen Volkstums. Und wenn die Menschen noch so sehr leugnen möchten, so zeugen die Steine jeder Stadt dieses Landes, am meisten die der schönsten deutschen Stadt, Prag, aus jedem Jahrhundert dieser Geschichte. Fast ein Zufall nur hat verhindert, daß nicht auch noch der letzte Riegel in Mähren völlig geschlossen und dieses noch nicht zum Bewußtsein seiner selbst erwachte Volk völlig abgeschlossen und zur endgültigen Anlehnung gezwungen worden wäre. Aber auch jetzt, wo es sich von den Franzosen als Zange gegen Deutschland, zum Bündnis mit Polen, zwingen läßt — wie widernatürlich ist dieses Bündnis für ein Volk, das in jeder Beziehung andere Interessen und Traditionen als das osteuropäische Polen hat! Eingekeilt in das derzeitige Machtsystem, kann dieses Volk auf die Dauer gedeihen nur in friedlicher Anlehnung an ein kommendes Mitteleuropa.

Voraussetzung zu allem aber ist bedingungslos: Hände weg von sudetendeutscher Kultur!

Wir Deutschen im augenblicklichen Reich sind uns bewußt, daß wir dieser Millionen gleichen Blutes nicht immer mit der Treue gedacht haben, die wir ihnen schulden. Wir wissen: die schwierigen Aufgaben des Sudetendeutschtums erfordern besonders freie Hand für seine Kampfmethoden; wir können nicht hineinreden. Aber in einem dürfen und müssen sie auf uns rechnen: Kein Tropfen dieses Blutes, kein Quadratmeter dieses uralten Volksbodens darf verloren gehen!

Zu dieser Schicksalsverbundenheit bekennen wir aus dem Westen uns heute an dieser Stelle, und wir wissen, daß damit auch Schlesien endgültig geschützt und gerettet sein wird."

Die „friedliebende" Tschechoslowakei. In den Jahren 1919 bis einschließlich 1931 hatte die tschechoslowakische Republik für das Militärwesen insgesamt 25,278.225 tsch. K. in den einzelnen Staatsvoranschlägen eingestellt. Dazu kommen noch seit dem Jahre 1927 jährlich 315 Millionen, die durch das Gesetz vom 17. Dezember 1926 als „Fonds für den Sachbedarf der Nationalverteidigung", als sogenannter „Rüstungskredit" auf elf Jahre beschlossen wurden, insgesamt 1575 Millionen; für militärische Ruhe- und Versorgungsgenüsse wurden bisher ausgegeben 2.179,642.000 K., für Investitionen im Rahmen des Militärwesens 751,560.700 K., weiter 1.559,000.000 K., die beim bolschewistischen Einfall, für die Ausrüstung 1919—1921 und die Mobilisierung 1921 verausgabt wurden. Seit dem Jahre 1919 hat also der Tschechenstaat, dieser Vasall Frankreichs, mehr als 31½ Milliarden tschechische Kronen für das Militärwesen verwendet! Wohl der beste Beweis für den Abrüstungswillen der Tschechen, deren Außenminister Dr. Benesch schon aus diesem Grunde, abgesehen von seinen persönlichen hervorragenden Eigenschaften, die schon so mancher seiner Volksgenossen entsprechend „gewürdigt" hat, sicherlich die geeignetste Persönlichkeit für das Amt eines Vorsitzenden der zwischenstaatlichen Abrüstungstagung gewesen wäre, das er so emsig angestrebt hat! — Gegenüber diesen wahnsinnigen Ausgaben für das Militärwesen ist es bezeichnend, daß die Tschechoslowakei nach den Angaben des Internationalen Büros für Volkserziehung am wenigsten von den Staaten Europas für Schulzwecke ausgibt. Diese Zusammenstellung läßt an erster Stelle die Schweiz erscheinen, die ein volles Viertel der Staatsausgaben für Schulzwecke verwendet. An zweiter Stelle folgt Dänemark mit 20. v. H., dann kommen die Niederlande mit 19 v. H., ferner Preußen, das für das Schulwesen noch immer 16.5 v. H. ausgibt, hierauf Schweden mit 15.8 v. H., Polen mit 14.7, Bulgarien mit 13.2 usw. Zum Schlusse kommen Albanien, Großbritannien und Ungarn mit 10 bis 11 v. H. und schließlich an letzter Stelle die Tschechoslowakei mit nur 9 v. H.

Stand Oesterreich vor der Besetzung durch die Tschechoslowakei? Die „Rumburger Zeitung" meldet: „Die ungarische Zeitung ‚Magyarsag' brachte vor einigen Tagen eine Meldung, wonach auf der letzten Konferenz der Kleinen Entente in Bukarest auch über eine Besetzung Oesterreichs durch tschechoslowakische Truppen als Antwort auf eine deutsch-österreichische Zollunion gesprochen worden sein soll. Diese Meldung ist entgegen den sonstigen Gepflogenheiten des Herrn Benesch bisher nicht dementiert worden. Sie paßt durchaus zu der ganzen Haltung, die dieser Herr von Anfang an gegenüber dem Gedanken einer deutsch-österreichischen Zollunion eingenommen hat, vor allen Dingen aber zu gewissen Bestimmungen, die das französisch-tschechische Militärbündnis angeblich in bezug auf die Frage eines Anschlusses Oesterreichs an Deutschland enthalten soll.

Diese Bestimmungen sind im März 1924 und fünf Jahre später unter Angabe genauerer Einzelheiten durch die Presse veröffentlicht worden. Sie enthalten zunächst einmal die Verpflichtung der Tschechoslowakei, mit Frankreich gemeinsam wirtschaftspolitische und militärische Schritte zu unternehmen, falls es der französischen Regierung belieben sollte, eine ‚Gefährdung des mitteleuropäischen Friedens' festzustellen. Ferner besagen sie, daß einem Wiederaufleben der Anschlußbewegung in Oesterreich durch die Drohung mit der Besetzung österreichischer Gebiete durch tschechoslowakische Truppen entgegengetreten werden soll. In diesem Falle soll die tschechische Armee die Städte Wien, Linz und Salzburg und die österreichischen Industriezentren und militärischen Betriebe bis zu einer Zone einschließlich Wiener-Neustadt besetzen. Von dieser Absicht soll der österreichischen Regierung erst jedoch 24 Stunden vor dem Ueberschreiten der Grenze durch die tschechischen Truppen Kenntnis gegeben werden.

Wir bringen die Meldung des ungarischen Blattes und die Angaben über den Geheimvertrag mit allem Vorbehalt, können ihnen aber infolge der feindlichen Haltung Beneschs in der Zollunionfrage eine große innere Wahrscheinlichkeit nicht absprechen. Die Stellen seiner berühmten Rede gegen die Zollunion auf der Tagung seiner Partei, wo er davon sprach, daß die Tschechoslowakei ‚auf alle Eventualitäten vorbereitet sei' und wie die Wendungen alle heißen, mit denen man seit jeher Kriegsdrohungen ausstieß oder wenigstens militärische Maßregeln meinte, finden hiedurch die zwangloseste Erklärung."

Tschechische Schulpolitik. Zu wiederholten Malen haben schon im Prager Parlament auf berechtigte deutsche Beschwerden hin die einzelnen tschechischen Unterrichtsminister erklärt, daß die aus Staatskosten errichteten und erhaltenen „Minderheitsschulen" — sie heißen wohl so, weil sie nicht für die „Minderheiten", sondern zu 99 v. H. für das tschechische „Staatsvolk" geschaffen werden — nur im Falle des wirklichen Bedarfes errichtet würden und daß nirgends und niemals im Tschechenstaate Seelenfang betrieben werde; letzterer sei gänzlich ausgeschlossen, denn der Staat sorge doch in umfassender und geradezu vorbildlicher Weise für das Schulwesen aller seiner Bürger. Diese Behauptungen tschechischer Minister, die durch eine geschickte Auslandspropaganda überall verbreitet werden, finden aber in den tatsächlichen Verhältnissen die schärfste Widerlegung.

So geht aus den Aufstellungen des Statistischen Staatsamtes über das Volks- und Bürgerschulwesen nach dem Stande vom 31. Oktober 1930 hervor, daß in 1390 tschechischen Bürgerschulen des Tschechenstaates nicht weniger als 2600, in 10.144 tschechischen Volksschulen 6890 und in anderen nichtdeutschen Volksschulen 333 deutsche Schulkinder unterrichtet wurden. Die tschechischen Minderheitsvolksschulen, die angeblich nur aus tschechischen Bedürfnissen heraus geschaffen werden, besuchen 2270 deutsche Kinder, die tschechischen Minderheitsbürgerschulen in Böhmen 653 und in Mähren 415 deutsche Schüler. Ueber 12.000 deutsche Schulkinder genießen also keinen Unterricht in ihrer Muttersprache, werden vielmehr in tschechischen Schulen unterrichtet und so ihrem deutschen Volke entfremdet, wenn nicht ganz entzogen. Dies soll kein Seelenfang sein?

Die „gerechte" Fürsorge des tschechischen Staates für das deutsche Schulwesen ist besonders ersichtlich an den Verhältnissen in Karpathorußland, das durch den Zwangsvertrag von St. Germain den Tschechen zugesprochen wurde (auf die ihm zugesicherte Selbstverwaltung wartet es freilich noch heute!) und in dem nach der letzten Volkszählung vom Dezember 1930 über 21.000 Deutsche leben, und zwar in deutschen Dörfern um Munkacz, in dieser Stadt selbst und in einer Sprachinsel im Tereschwatale. In diesem ruthenischen Gebiet gibt es auch heute noch keine tschechische Minderheit, wenn man von den wenigen tschechischen Beamten absieht, die in einzelnen Orten im Dienst stehen. Die Notwendigkeit, irgendwo eine tschechische Minderheitsschule zu errichten, besteht also nirgends und doch wurden solche auch in reindeutschen Dörfern errichtet: es besteht eine solche mit drei Lehrkräften im reindeutschen Königsfeld, die von 65 deutschen, 9 jüdischen, 2 magyarischen und nur von 8 tschechischen Kindern besucht wird; die tschechische Schule in Deutsch-Mokra besuchen 71 deutsche, 16 ruthenische und nur 7 tschechische Kinder, in Russisch-Mokra, das teils deutsch, teils ruthenisch ist, müssen 63 deutsche Kinder die tschechische Schule besuchen, in dem gleichfalls deutsch-ruthenischen Dorf Dubove gehen nur deutsche Kinder in die tschechische Schule. Daß diese tschechischen Minderheitsschulen in entsprechenden neuen Gebäuden untergebracht sind und über genügend Lehrkräfte und Lehrmittel verfügen, ist bei der Fürsorge des tschechischen Staates für das tschechische Schulwesen selbstverständlich. Geradezu kläglich steht es aber um die wenigen deutschen Schulen, die in diesen Dörfern neben den tschechischen bestehen: das Gebäude der deutschen Schule in Deutsch-Mokra, die von 104 Kindern besucht wird, ist baufällig und hat nur einen Raum; an ihr sind ein deutscher Lehrer und eine ungarische Lehrerin tätig, die für den Deutschunterricht nicht befähigt ist; auch an der deutschen Schule in Königsfeld wirken für 143 Schulkinder nur zwei Lehrkräfte, von denen nur eine die entsprechende Eignung hat, die andere die deutsche Sprache nur mangelhaft beherrscht; das gleichfalls baufällige Gebäude hat nur einen einzigen Schulraum. Trotz wiederholten Eingaben der Eltern ist von den Behörden

keine Abhilfe zu erlangen. Für gänzlich überflüssige tschechische Schulpaläste im reindeutschen Siedlungsgebiet sind selbstverständlich jederzeit die reichlichsten Mittel vorhanden — für deutsche Schulen hat man in Prag höchstens schöne Worte, nichtssagende Redensarten und unwahre Behauptungen!

Ehrung von Sudetendeutschen. Das Deutsche Auslandsinstitut in Stuttgart hat bei der diesjährigen Festversammlung den „Deutschen Ring", mit dem es um das Auslanddeutschtum verdiente Männer auszeichnet, neben anderen zwei Sudetendeutschen verliehen: Se. Magnifizenz, Rektor Dr. August Naegele wurde gefeiert als Vorkämpfer für das historische Recht der alten deutschen Alma mater Prags, der durch die Achtung und das Vertrauen seiner Kollegen nun schon dreimal an die Spitze der Universität berufen wurde. Karl Hans Strobl, der sudetendeutsche Dichter, empfing die gleiche Ehrung wegen seines Eintretens für ein besseres Verständnis des Daseinskampfes des sudetendeutschen Grenzlanddeutschtums. Der Text der ihm überreichten Ehrenurkunde hebt besonders seinen Roman „Die Fackel des Hus" hervor, und nennt ihn das schönste literarische Denkmal der Prager alten Universität, in dem der jahrhundertealte Kampf der Tschechen gegen das Deutschtum in seinen Ursprüngen gestaltet wird. Es ist wohl das erstemal, daß vom Auslanddeutschen Institut ein Dichter für eine „volksdeutsche Dichtertat" geehrt wird.

Sudetendeutsches Heimatmuseum E. V. Nürnberg. Am 20. Mai erfolgte in Nürnberg in Anwesenheit von zehn Gründungsmitgliedern, auf Grund der Eintragung in das Vereinsregister, die Gründung des Sudetendeutschen Museumsvereines in Nürnberg. Zum ersten Vorsitzenden wurde Herr Univ.-Prof. Dr. med. Erwin Kreuter, zum Stellvertreter Herr Rechtsanwalt Dr. Karl Lotter gewählt. Es handelt sich um einen vollkommen unabhängigen, nichtpolitischen Verein, der nur kulturellen Bestrebungen dient und sich in erster Linie die Errichtung und den Ausbau des Sudetendeutschen Heimatmuseums in Nürnberg zum Ziel gesetzt hat. Mit der Vereinstätigkeit wurde sofort begonnen. Es wird erwartet, daß sowohl die Sudetendeutschen in der Heimat als auch jene im Auslande diesen kulturellen Bestrebungen Interesse und Unterstützung zuteil werden lassen.



Volkszählungsergebnisse in Böhmen.

Der Vertschechungsverein „Severoceska Jednota" weiß frohlockend zu melden, daß nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung (besser sollte man von einer Volksverzählung sprechen) das tschechische Element im deutschen Gebiete weiter im Steigen ist:

Es gibt in Böhmen 90 Bezirke mit deutscher Mehrheit. Von diesen haben 33 Gerichtsbezirke weniger als 5 v. H. Tschechen, 20 Bezirke 5 bis 10 v. H., weitere 20 Bezirke 10 bis 20 v. H. und 17 Bezirke 20 bis 50 v. H. Tschechen.

Seit dem Jahre 1921 stieg die Zahl der Tschechen in den Bezirken mit deutscher Mehrheit um 23.93 v. H. — ohne Stecken — die der Deutschen um 4.28 v. H.

Den größten Zuwachs haben die Tschechen in dem Bezirke Stecken zu verzeichnen, wo sie jetzt 51.27 v. H. (früher 43.55 v. H.) erreicht haben, während die Zahl der Deutschen von 56.23 v. H. auf 48.65 v. H. zurückgegangen ist. Um fast dasselbe Verhältnis ändern sich die Nationalitätenverhältnisse im Bezirke Podersam, wo die Tschechen jetzt 16 v. H. erreicht haben und sich bald auf 20 v. H. bringen wollen. Noch näher den 20 v. H. sind die Tschechen im Saazer Bezirke (19.99 v. H.). Die Deutschen haben dort 79.54 v. H. gegen 87 v. H. im Jahre 1921 erzielt. Um 7 v. H. vermehrt sich die Zahl der Tschechen im Böhmisch-Leipaer Bezirke, und zwar auf 13.48 v. H.

In Wegstädtl und in Tuschkau haben die Tschechen die 20-v.-H.-Grenze schon wesentlich überschritten. In Wegstädtl erreichten sie 25.81 (18.97) v. H. und in Tuschkau 23.73 (17.44) v. H. Im Bezirke Eger haben sie sich gegen früher verdoppelt und betragen jetzt 9.35 v. H. der Bevölkerung. Im Görkauer Bezirk haben sie 17 v. H. erreicht (12), in Neubistritz und Komotau je 12 (8) v. H. Im Lobositzer Bezirk erhielten sie bereits 49.64 (45.61) v. H. und hoffen, bei der nächsten Volkszählung die Mehrheit zu erlangen.

40 bis 50 v. H. nähern sich die Tschechen in folgenden Bezirken: Bilin 38 (34), Postelberg 42 (39), Leitmeritz 40 (37) v. H.

Im Brüxer Bezirke hoffen die Tschechen, in absehbarer Zeit ebenfalls die Mehrheit an sich zu reißen, denn sie betragen dort bereits 48.82 (46.47) v. H. In Manetin erlangten sie die Zweidrittelmehrheit und in Königinhof sind sie davon nicht weit entfernt.

10 v. H. nähern sie sich in Tetschen (9.76 v. H.), in Dauba (9.02 v. H.), Böhm.-Kamnitz (8.49 v. H.). 10 v. H. überschritten die Tschechen in Trautenau mit 12.96 (9.3) v. H., Grulich 10.94 (8.4) v. H., Haida 11.43 (8.9) v. H. und Niemes 10.38 (8) v. H. Auf dem Wege zu 20 v. H. sind die Tschechen in Aussig, wo sie von 16.5 auf 19.48 stiegen, in Gablonz a. d. N. 14 (12) v. H., in Kaplitz 17 (15) v. H. und Gratzen 14.3 (10.4) v. H. 20 v. H. überschritten wurden in Jechnitz und in Karbitz.

Fast verdoppelt hat sich die Zahl der Tschechen im Luditzer Bezirke von 3.78 auf 7.27 v. H., in Hohenfurth von 3 auf 5.49, in Rumburg von 2.2 auf 4.3, in Joachimsthal von 1.64 auf 3.63 v. H. Mehr als verdoppelt hat sie sich in Deutsch-Gabel, und zwar von 1.28 auf 4.02 v. H., und in Wallern von 0.84 auf 3.17 v. H. In Neuern stiegen die Tschechen von 4.6 auf mehr als 7 v. H.

Diese Ziffern sprechen eine deutliche und grausame Sprache. Sie geben ein erschütterndes Bild von der nationalen und sozialen Not eines deutschen Grenzlandes, das in seinem Abwehrkampfe fast ausschließlich auf sich selbst angewiesen ist.

Böhmerwald.

Während die letzte Volkszählung in allen deutschen Bezirken eine Verschiebung der nationalen Verhältnisse zugunsten der Tschechen, deren Minderheiten sich nicht nur absolut, sondern auch perzentuell gewachsen sind, gebracht hat, ergibt sich in den südböhmischen Bezirken des Böhmerwaldes eine Zunahme der deutschen Bevölkerung. So ist zum Beispiel im Bezirke Krummau die Zahl der Deutschen um 2304 gestiegen, die Zahl der Tschechen gegen 1921 um 435 gefallen. In den tschechischen Gemeinden des Bezirkes Bergreichenstein ergibt die Volkszählung eine Abnahme von 936 Personen, in den deutschen eine Bevölkerungszunahme um 201. Auch im Prachatitzer Bezirk hat sich das Verhältnis in den Landgemeinden zugunsten der Deutschen verschoben, nur in Prachatitz selbst ist die Zahl der Tschechen gewachsen und erreicht fast 50 Prozent. Im Bezirke Moldauthein stieg die Zahl der Deutschen in den letzten zehn Jahren von 1 auf 13 Promille, und auch im Bezirke Neugedein (Taus) ergibt sich eine Verschiebung zugunsten der Deutschen. Die Ursachen hiefür sind einerseits in der größeren Sterblichkeit in dem tschechischen Böhmerwaldgebiete, anderseits auch in der Abwanderung zu suchen. — Ein für Budweis vorgesehener Vortrag des Ozeanfliegers Hermann Köhl wurde im letzten Augenblick auf Weisung der Prager Oberbehörde „mit Rücksicht auf das öffentliche Wohl" verboten. — Am 24. Juni ist in Perneck bei Plan ein Brand ausgebrochen, der sich durch den Wind rasch ausbreitete und beinahe den ganzen Ort vernichtete. 24 Gebäude fielen der Feuersbrunst zum Opfer. Die Feuerwehren der umliegenden Ortschaften eilten wohl zu Hilfe, doch mußten sie tatenlos dem Wüten des Elements zusehen, da fast kein Wasser zur Verfügung stand. Der Bürgermeister von Perneck, seine Frau und sein Sohn sind an Rauchvergiftung gestorben. In den Ställen sind gegen 50 Stück Vieh umgekommen, da die Bauern, mit der Rettung ihrer Habseligkeiten beschäftigt, nicht rechtzeitig die scheuen Tiere ins Freie bringen konnten. Der Schaden beträgt über eine Million Kronen.

Deutschböhmen.

Vor einiger Zeit erhielt der Verein „Egerländer Heimat" in Eger von der Bezirksbehörde die Aufforderung, das in seinem Vereinslokale hängende Bismarck-Bild abzunehmen. Gegen diese Verfügung legte der Verein Berufung ein, zumal der Auftrag auf Abnahme des Bildes unter Bezug auf den § 26 des Schutzgesetzes erfolgte, der die Beseitigung von Denkmälern, Bildern, Inschriften usw. staatsfeindlichen Charakters behandelt. Die Landesbehörde bestätigte das Urteil der Egerer Bezirksbehörde und nunmehr hat auch Innenminister Slavik verfügt, daß das Urteil zu Recht besteht, und daß ein Einschreiten nach dem betreffenden Gesetzparagraph als gegeben erscheint. Damit bekennt der Innen-

minister, daß ein Bild des Fürsten Bismarck staatsfeindlichen Charakter habe! — Der Pilsener Sokolgau hat es für nötig befunden, den paar Sokoln in Marienbad über die Pfingsten einen vielhundertköpfigen Besuch abzustatten, um ihnen bei dieser Gelegenheit eine Fahne zu überreichen. Die eigentliche Absicht war klar: den Tausenden von Reichsdeutschen, die an diesen Tagen nach Marienbad kamen, sollte ein tschechischer Charakter der deutschen Kurstadt vorgespiegelt werden. Diese Absicht ist nicht im mindesten erreicht worden. Die deutschen Vereine Marienbads hatten ebenfalls für Pfingsten seit langem ihr diesjähriges Heimatfest angesetzt gehabt und der ganze Pfingstsonntag stand in Marienbad im Zeichen des deutschen Heimatfestes. Die Kornblume beherrschte das Straßenbild, Egerländer Trachten belebten es und die Konzerte der Kurkapelle hatten reichlich Egerländer Musik in ihre Programme aufgenommen. In den ersten Nachmittagsstunden bewegte sich der Festzug unter dem Klange deutscher Lieder durch die Hauptstraße; bereits am Vormittage hatte ein eindrucksvoller Egerländer Kirchgang stattgefunden; die Hochamtpredigt hielt ein Geistlicher in Egerländer Mundart. Die roten Hemden der Sokoln aber liefen fremd und zusammenhanglos in dem deutschen Leben des deutschen Marienbad umher. — Am Pfingstmontag wurde auch Karlsbad durch einen Sokolbesuch beehrt, der aber von der Bevölkerung gänzlich unbeachtet blieb. — Der Postmeister Jaroslav Vosmik in Fünfhunden im Bezirk Kaaden, der diese Stelle als tschechischer Legionär erhalten hatte, ist vom Dienste suspendiert worden, weil bei einer nicht angesagten Revision ein Fehlbetrag von etwa 40.000 tsch. K. festgestellt wurde. Die Verfehlungen des Postmeisters kamen an den Tag, als sich Fälle wiederholten, daß Leute von Lieferfirmen auf Beträge geklagt wurden, die bereits im Wege der Post eingezahlt worden waren. — Am Pfingstsonntag kamen in die rein deutsche Egerstadt Kaaden Sokoln aus der Launer Gegend und aus dem Podersamer Bezirk. Die deutsche Bevölkerung hatte nach bewährtem Muster die Stadt verlassen, so daß die ungern gesehenen Gäste eine tote Stadt vorfanden. Um 12 Uhr mittags zogen, wie von einem der wenigen Zurückgebliebenen mitgeteilt wird, ungefähr 200 bis 250 Mann in die Stadt ein. Der Marktplatz, auf dem eine Versammlung abgehalten wurde, war völlig leer, ebenso die umliegenden Gassen. In der ganzen Stadt war, mit Ausnahme der Fahnen, die von den Gebäuden der Post, der Gendarmerie usw. wehten, nur ein einziges Privathaus beflaggt, nämlich das Wohnhaus der Staatsbeamten. — Die 37. Hauptversammlung des Bundes der Deutschen in Böhmen findet am 17. bis 20. Juli in Kaaden statt. — Bei den Gemeindewahlen in Ossek erhielten die deutschen Nationalsozialisten 11 (bisher 10), die deutschen Sozialdemokraten 3 (4), die deutschen Christlichsozialen und die deutsche Gewerbepartei je 3, die Kommunisten 4 (5) Mandate. Diese Wahlen haben leider wieder gezeigt, daß der tschechische Ansturm besonders in dem national so wie so stark bedrängten nordwestböhmischen Kohlengebiete noch immer nicht zum Stillstand gekommen ist. Die Tschechen haben um über 100 Stimmen und ein Mandat zugenommen, so daß sie jetzt zwölf haben und sich die Spanne zwischen der deutschen und tschechischen Mandatszahl abermals zuungunsten der Deutschen verschob. — Die Bezirksbehörde in Aussig hat vor kurzem der Stadtgemeinde Aussig aufgetragen, die Bezeichnung Rosegger-Park, die seit dem Umsturz unbeanstandet geblieben war, abzuändern. Die Beschwerde der Stadt an das Landesamt wurde verworfen und die Entscheidung der Aussiger Bezirksbehörde, Rosegger sei ein Feind der tschechoslowakischen Staatsidee gewesen, und die Bezeichnung wirke auf einen großen Teil der heimischen Bevölkerung aufreizend, bestätigt. Die Stadtgemeinde hat an das Verwaltungsgericht berufen. — Im Zuge der Wälderreform wurde dieser Tage ein Großteil der Besitzungen des Großgrundbesitzers Ledebur-Wicheln, darunter auch der Milleschauer (Donnersberg), auf dessen Gipfel sich ein Observatorium und ein Aussichtsturm des Teplitzer Gebirgsvereines befinden, vom Staate übernommen. Der deutsche Baudenwirt wird in seinem Vertrag auf weitere sechs Jahre belassen. Nach der Uebernahme des Milleschauers ist der Staat, der bekanntlich das Prebischtor und Schreckenstein bereits besitzt, Eigentümer der wichtigsten Zielpunkte des Touristenverkehres im deutschböhmischen Elbtal. — Der Wiener Kardinal Piffl, ein geborener Landskroner, besuchte jüngst Arnau und hielt dort gelegentlich einer katholischen Feier eine Rede, die das Mißfallen eines Teiles der tschechischen Presse hervorgerufen hat. Die harmlosen Worte des Kardinals, daß er „den Katholiken des Deutschböhmen" die Hand reiche, veranlassen einige tschechische Blätter, den Kirchenfürsten der Agitation für Deutschböhmen zu beschuldigen. Der „Národ" stellt sogar an die Behörden die Frage, warum dieser „lästige Ausländer" nicht sofort nach seiner Rede aus der Republik ausgewiesen worden sei?

Sudetenland.

Obwohl der Bezirk Mährisch-Schönberg 60.000 Deutsche und nur 14.500 Tschechen zählt, sind bei der politischen Bezirksverwaltung unter 36 Angestellten nur 6 Deutsche, und diese in völlig untergeordneten Stellen. Unter den 30 Angestellten der Mährisch-Schönberger Staatspolizei gibt es nur 2 Deutsche. Im politischen Bezirk Hohenstadt, der 29.000 Deutsche zählt, gibt es bei der politischen Bezirksbehörde keinen einzigen Deutschen. Das Hohenstädter Bezirksgericht kann nur in besonderen Ausnahmsfällen Ausfertigungen deutsch schreiben, weil nur ein Protokollführer die deutsche Schrift beherrscht. Aehnlich sind die Mißverhältnisse in den anderen Aemtern. In keinem einzigen Bezirk im sudetendeutschen Gebiet entspricht die Besetzung der Posten im Staatsdienste der Bevölkerungszusammensetzung auch nur annähernd. — In Deutsch-Liebau wurden mit Hilfe und durch Vermittlung der „Narodni Jednota" 4000 Quadratmeter Baugrund erworben. Auf dem Baugrunde werden ein Schulgebäude und Wohnhäuser für Kolonisten errichtet werden. Sofort nach Fertigstellung der Wohnbauten ist die Ansiedlung zahlreicher tschechischer Familien geplant. — In Mährisch-Schönberg wird am 5. und 6. Juli ein großes tschechisches „Aufmunterungsfest" veranstaltet, an welchem sich sämtliche tschechischen Organisationen und Vereine sowie die Garnison beteiligen sollen. — Die feierliche Eröffnung des neuen tschechischen Realgymnasiums in Mähr.-Schönberg hatte ganz den Charakter einer Siegesfeier. Am 7. Juni fand die Eröffnungsfeier im Turnsaal des Realgymnasiums statt. Unter anderen sprachen Vertreter des Schulministeriums, des Landesschulrates, der „Narodni Jednota" und des „Narodni Vybor". Das neue Gebäude ist mit den modernsten Errungenschaften der Technik ausgestattet und viel zu groß für die geringe Schüleranzahl. — In Mährisch-Neustadt wurde zu Pfingsten ein deutsches Volkshaus feierlich eingeweiht. — Aichen, ein Dorf im Mähr.-Neustädter Ländchen, mit seinem mustergültig bewirtschafteten Meierhof, zur Deutsch-Ordens-Herrschaft Langendorf-Eulenberg seit dem Dreißigjährigen Kriege gehörig, war bis vor fünf Jahren rein deutsch. 1925 wurde der Meierhof bis auf ein kleines Restgut, das ein Liechtensteinscher Beamter in Pacht erhielt, unter hannakische Kolonisten aufgeteilt, die noch Leute nachzogen und bisherige Meierhofarbeiter deutscher Volkszugehörigkeit unter ihren wirtschaftlichen Einfluß brachten. Bei den vorjährigen Gemeindewahlen gab es bereits Mandatsgleichheit, bei der Volkszählung tschechische Mehrheit. Die staatliche Minderheitsschule erhielt einen Prunkbau, der am letzten Sonntag seiner Bestimmung übergeben wurde. Es war eine Siegesfeier, zu der das Schulministerium, das Bodenamt, der Landesausschuß, die Bezirksbehörde, die Matice und die Jednota Vertreter und Redner entsandt hatten. Am bemerkenswertesten war die Ansprache des Tschechisierungsdirektors Kubis (Olmütz), der den Anlaß und den Ort als sprechenden Beweis pries, „was der tschechische Eroberungswille zuwege bringt und erstrebt", und nach Dankesworten an die Regierung und das Bodenamt mit dem beschwörenden Wunsche schloß: „Nicht bloß ein Aichen, nein, nicht zehn . . ., mindestens tausend solche Aichen brauchen wir in unserer Republik! Dann erst wird die Restitution gerecht durchgeführt sein!" — In Unter-Langendorf wurden seinerzeit 218 Hektar erstklassigen Bodens an 15 tschechische Kolonisten zugeteilt. Aus einer an den Finanzminister gerichteten Anfrage wird nunmehr bekannt, daß diesen Kolonisten, die anscheinend in ganz guten wirtschaftlichen Verhältnissen leben, sämtliche Steuern und Zuschläge für die Jahre 1928 bis 1933 erlassen worden sind. Durch diese Steuernachsicht verliert die deutsche Gemeinde Unter-Langenbach jährlich 6630 tsch. K. ihrer Einkünfte, die sie bereits in ihr Gemeindebudget eingestellt hat und auf keine andere Weise beschaffen kann. Die offenbare Bevorzugung der tschechischen Kolonisten hat unter der deutschen Bevölkerung, meist Landwirten, die schwer unter der Krise leiden, ungeheure Erbitterung hervorgerufen. — Der politische Bezirk Hohenstadt, der aus den Gerichtsbezirken Müglitz, Hohenstadt und Schildberg besteht, ist der national am meisten bedrohte Bezirk in ganz Nordmähren. Noch im Jahre 1880 hatte dieser Bezirk 38.840 deutsche und 33.556 tschechische Einwohner, mithin eine bedeutende deutsche Mehrheit. Seit 30 Jahren aber ist eine ständige Abnahme der Deutschen und eine entsprechende Zunahme der Tschechen bemerkbar, die sich besonders im Gerichtsbezirk Hohenstadt und in der Stadt Hohenstadt zeigt. In dem genannten Bezirke wurden 1910 noch 32.11 v. H., 1921 nur mehr 25.06 v. H. und 1930 gar mehr nur 24.9 v. H. Deutsche gezählt. — In Freiwaldau beging am 6. und 7. Juni der Sudetengebirgsverein die Feier seines 50jährigen Bestandes. — Am 5. und 6. Juli soll in Freiwaldau ein großer Sokolaufmarsch stattfinden. Der Aufmarsch soll in größtem Ausmaß durchgeführt werden. Die Veranstalter rechnen mit einer Beteiligung von ungefähr 8000 uniformierten Sokoln. An das 7. Grenzjägerbataillon, das fast durchwegs aus Tschechen besteht, werden die Sokoln eine vom nordmährischen und hannakischen Gau gemeinsam gestiftete Fahne feierlich übergeben. Während des Marsches durch die deutsche Stadt werden Sprechchöre die nach dem Umsturz geschaffene tschechische Minderheit begrüßen und „aufmuntern". Der Hauptmacher der „Aufmunterungsfahrt" ist der Obmann des nordmährischen Sokolturngaues Joza Maly, der zugleich ein maßgeben-

der Führer der nordmährischen tschechischen Sozialdemokraten ist. — Das staatliche Bodenamt hat die wertvollen Baugründe vom Fürst Liechtensteinschen Meierhof der Stadt Jägerndorf endgültig der tschechischen Minderheit zugeteilt. Die insgesamt fast sieben Hektar betragenden Grundstücke wurden zu einem lächerlich geringen Preis abgetreten. Die Stadtgemeinde Jägerndorf bemühte sich seit dem Jahre 1929 vergeblich, diese Grundstücke käuflich zum tatsächlichen Wert zu erwerben. Der bereits im Jahre 1925 abgeschlossene Kaufvertrag wurde einfach nicht genehmigt, ebenso nicht ein neuer Vertrag vom Jahre 1929. Weder die Stadtgemeinde Jägerndorf noch auch die Sparkasse, die sich gleichfalls um Baugründe bemühten, erhielten davon auch nur einen Teil zugesprochen. Die letzten für Jägerndorf in Betracht kommenden Bauplätze wurden einer tschechischen Genossenschaft in die Hand gespielt, um auf diese Weise die tschechische Minderheit in Jägerndorf, die nur 5 v. H. beträgt, materiell zu stärken. — Ende Juni fand in Freudenthal das erste Wiedersehensfest der Angehörigen des ehemaligen schlesischen Infanterieregimentes Nr. 1 statt. — Die Wahl des Schuldirektors Franz zum Bürgermeister von Troppau wurde bestätigt, zu Stellvertretern wurden gewählt Dr. Just (Christlichsozialer) und Sekretär Baier (Nationalsozialist). — Am 2. Juli wurde in Neutitschein die siebente schlesische Kulturwoche eröffnet.

Südmähren.

Die Fortschritte der Tschechisierung des böhmischen Teiles der Iglauer Sprachinsel waren in den letzten zehn Jahren ganz bedeutend, wir sehen, daß nicht nur in Friedrichsdorf und Altenberg zu zwei Dritteln tschechische Gemeinden wurden, sondern auch in vielen anderen deutschen Gemeinden das tschechische Element zielbewußt verstärkt wurde. Besonders in den Bahnstationen Schrittenz und Friedenau. Ein neuer „Sieg" gelang den Tschechen in Stecken, in dem größten Orte des böhmischen Teiles der Sprachinsel, den die Tschechen schon bei der letzten Gemeindewahl erobern wollten, wo aber damals die Deutschen eine Zweidrittelmehrheit erhielten. Wie aus den Berichten der tschechischen Grenzlerzeitung hervorgeht — das amtliche Volkszählungsergebnis steht allerdings noch aus —, errangen die Tschechen bei der Volkszählung in Stecken die Mehrheit, und zwar 51.27 v. H., die Deutschen 48.65 v. H., wogegen früher die Deutschen 56.23 v. H., die Tschechen 43.55 v. H. hatten. Der tschechische Besitzstand habe um 7.72 v. H. zugenommen, während der deutsche um 7.67 v. H. gesunken ist. Der „Sieg" dürfte allerdings in der Hauptsache auf die bekannten Volkszählungsmachenschaften zurückzuführen sein und man kann auf die im Herbst stattfindenden Gemeindewahlen gespannt sein, die wahrscheinlich ein anderes Bild zeigen werden. — Bekanntlich wurden bald nach dem Umsturze im Hultschiner Gebiete fast alle deutschen Schulen mit der Begründung gesperrt, daß es sich nicht um deutsche Schulkinder, sondern um tschechische handelt, die vor dem Kriege „germanisiert" worden seien. Die letzten Schuleinschreibungen haben jedoch den Gegenbeweis geliefert und die deutschen Parlamentarier verlangen jetzt die Errichtung deutscher Schulen. Die „Nar. Pol." behauptet, die Kinder, die in die dortigen deutschen Schulen gehen, seien trotz des Bekenntnisses der Eltern zur deutschen Nationalität nicht deutsch. Die Großeltern und die Urgroßeltern hätten ausschließlich tschechisch gesprochen. Wenn die Regierung die Errichtung neuer deutscher Schulen bewillige, so sei Hultschin für die Tschechoslowakei verloren. Für die Regierung müsse als Leitfaden gelten: Keine deutschen Schulen in Hultschin und Vernichtung des jetzt dort blühenden deutschen Privatunterrichtes, der die Quelle der Staatsfeindlichkeit und der Irredenta sei. Für die außerordentlichen Verhältnisse im Hultschiner Gebiet müssen Ausnahmeverfügungen getroffen werden und man dürfe nicht engherzig an die Auslegung der Gesetze halten, wenn Hultschin für den Staat erhalten bleiben solle.



Schluß der Einsendungen für die September-Folge ist der 20. August; spätere Einsendungen können keine Aufnahme finden.

Generalleutnant Konstantin W. Sakharow: „Die tschechischen Legionen in Sibirien" mit Vorwort von Professor Dr. Martin Spahn, M. d. R. (135 Seiten, Preis kartoniert 3 Mark.) Zweite erweiterte Auflage. Verlag: Buchkunst Graphische Werkstätten G. m. b. H., Berlin SO 36, Köpenickerstraße 178—179. Es ist noch nicht ein Jahr her, daß die erste Auflage des Buches „Die tschechischen Legionen in Sibirien" erschienen ist und schon mußte die zweite Auflage der Oeffentlichkeit unterbreitet werden. 5000 Stück waren in ganz kurzer Zeit vergriffen. Nicht nur die deutsche Presse, sondern auch die gesamte Presse des Auslandes hatte sich mit diesem Buche ausführlich beschäftigt und dasselbe als ein historisches Ereignis begrüßt. Die tschechische Oeffentlichkeit und Presse schwiegen sich auf diese Frage vollständig aus und die tschechische Regierung verbot das Buch für die tschechoslowakische Republik. Nun bringt der Verfasser in zweiter Auflage eine erschöpfende Antwort auf alle Zweifel. Die zweite stark vermehrte Auflage zeigt uns, daß der Verfasser sich inzwischen reichlich Mühe genommen hat, neues Material und neue Dokumente zusammenzutragen, um neue Beweise für die historische Wahrheit zu erbringen. Dabei ist es ihm gelungen, selbst aus tschechischen Quellen die Bestätigungen der tschechischen Greuel- und Schandtaten nachzuweisen. So zum Beispiel bringt die zweite Auflage des Sakharow-Buches die Bestätigung eines tschechischen Senators F. Kreitschy über den tschechischen Diebstahl und Raub (Seite 75); über den tschechischen Verrat am russischen Volke und an Admiral Koltschak (Seite 79 und 89); ihnen folgen weiter die Ausführungen des Chefs der tschechischen Evakuation Dr. Raše (Seite 113 bis 116). Aus den vielen neuen Zeugnissen ist auch sehr nennenswert das des neutralen Schweizers Dt. Georg Montandon, des Chefs des Roten Kreuzes in Sibirien, welcher auch über die Feigheit der tschechischen Legionäre den Bolschewiken gegenüber und über ihre Grausamkeit den wehrlosen Kriegsgefangenen und der Bevölkerung gegenüber eine eindeutige Kritik übt.

Kreis Deutschösterreich.

Geschäftsstelle: Wien, 8. Bez., Fuhrmannsgasse 18a. Fernruf A-26-2-66

Bei der Kreishauptversammlung wurden gewählt: in die Kreisleitung: Hofrat Karl Ipolt (1. Vorsitzender), Professor Karner (2. Vorsitzender), Beamter Wenglorz und Kaufmann Schembera (Schriftführer), Kaufmann Jakob Lintl (Zahlmeister), Magister Bernard (Zahlm.-Stellv.), Ing. Blaschke, Reg.-Rat Böllmann, Beamter Faukal, Ob.-Ing. Fritsche, Notar Dr. Hauer, Geschäftsmann Just, Reg.-Rat Knöll, Postbeamter Lenz, Privatbeamter Losert, Oekonomierat Ing. Pialek, Privatbeamter Sacher, Postsparkassensekretär Emil Weinberger; als Ersatzmitglieder: Privater Friedl, Ministerialrat Ing. Gold, Professor Jung, Baumeister Ingenieur Löschner, Insp. Maiwald, Bahninspektor Mather, Oberrechnungsrat Schinagl, Kaufmann Würfel, Privatbeamter Lois Weinberger. — In den Aufsichtsrat: Buchhändler Balzer, Notar Druschba, Stadtrat Flor, Rechtsanwalt Dr. Kurz, Rechtsanwalt Dr. Leitner, Hofrat Ing. Mießl, Prof. Kühnel, Ministerialrat Dr. Prochaska, Amtsdirektor Obenaus. — In das Schiedsgericht: Hofrat Dr. Blaschkowitschka, Professor Dr. Bacher, Ministerialrat Dr. Krautmann, Zentralinspektor i. R. Hofrat Tauber, Reg.-Rat Tilp, Rechtsanwalt Dr. Krzywan, Oberlandesgerichtsrat i. R. Dr. Matzig und Professor Maxa.

Freiwillig erhöhter Mitgliedsbeitrag. All jenen Mitgliedern, die sich verpflichten, durch längere Zeit hindurch neben dem gewöhnlichen Jahresbeitrag, freiwillig unmittelbar an die Kreisleitung einen erhöhten Beitrag zu leisten oder an dessen Stelle eine einmalige Spende gaben, spricht die Kreisleitung den herzlichsten Dank aus. Die Heimatgruppen und Zweigstellen werden ersucht, weiterhin fortlaufend solche Mitglieder zu gewinnen.

Die Sprechstunden unserer Rechtsanwälte zwecks Auskunftserteilungen entfallen in den Monaten Juli und August und werden in der zweiten Hälfte September wieder aufgenommen.

Die Zuerkennung von Anerkennungsurkunden erfolgt nur auf Beschluß der Geschäfts- und Kreisleitung; diesbezügliche Anträge müssen jederzeit rechtzeitig einlaufen.

Tedesfall. Am 24. Juni starb in seiner Heimatstadt Prachatitz in seinem 68. Lebensjahre das Mitglied unseres Schiedsgerichtes Oberstabsapotheker 1. Kl. d. R., Regierungsrat, Mag. pharm. Erhard Tilp. Mit ihm, der viele Jahre hindurch Obmann der Heimatgruppe Prachatitz war und der Leitung des Zweigvereines „Böhmerwaldgau" angehörte, ist ein treuer und bewährter Mitkämpfer aus unseren Reihen gerissen worden, der in vorbildlicher Heimatliebe in unserem Bunde tätig war. In heimatlicher Erde wurde er am 27. Juni beerdigt. Ein ehrendes Gedenken aller, die ihn kannten, bleibt ihm gewahrt!

Wiener Arbeitsgemeinschaft, Zweigverein „Böhmerwaldgau". Im nächsten Jahre wird mit Rücksicht auf die hohen Abgaben kein Zweigvereinskränzchen, sondern nur ein größerer gemeinsamer Heimatabend veranstaltet. — Alle Landsleute werden aufgefordert, an der Enthüllung der Gangl-Gedenktafel am Sonntag, 6. Sep-

tember, ½11 Uhr vormittags, teilzunehmen. Die Enthüllung wird am Hause Wien, 13. Bez., Pachmanngasse 2, vorgenommen. Die Gedenkrede hält Seminardirektor Kahl. Heimatgruppen und Vereine, die körperschaftlich teilnehmen wollen, mögen dies bis 20. August der H.-G. „Kaplitz", 4. Bez., Paniglgasse 17, bekanntgeben. — Nächste Sitzung der Zweigvereinsleitung am Freitag, 11. September. — **H.-G. „Kaplitz und Umgebung".** Während der Sommermonate finden zwanglose Zusammenkünfte in Kirchwegers Gastwirtschaft „Zum grünen Baum", Wien, 13. Bez., Linzerstraße 251, statt. Am 5. Juli 1931 „Prokopimarkt"; am 2. August 1931 „Bunter Abend". Beginn 8 Uhr abends. Um zahlreiche Teilnahme wird ersucht. Gäste willkommen. — Zum Obmannstellvertreter des Gangl-Denkmalausschusses wurde Schriftsteller A. Carolo gewählt. Zum Festredner bei der Enthüllung der Gedenktafel wurde Herr Seminardirektor Kahl gewonnen. An alle Landsleute und Freunde des Dichters ergeht die herzliche Bitte, behilflich zu sein, damit wir unserem Heimatdichter ein würdiges Denkmal setzen können. — Nächste Sitzung am 11. Juli im Vereinsheim „Goldenes Sieb", 4. Bez., Paniglgasse 17. — Im Herbst wird im Vereinsheim eine Gangl-Büste, geschaffen vom Bildhauer Sautner, aufgestellt.

Trautenauer Landsmannschaft „Riesengebirge". Nächste Heimatabende am 8. Juli und 12. August bei Pohl, 9. Bez., Währingerstraße 67.

H.-G. der „Grulicher, Adlergebirgler und Friesetaler". Am 5. Juli Ausflug nach Kierling zu Landsmann Seifert, dort Zusammenkunft mit den Landsleuten aus Klosterneuburg, Korneuburg, Stockerau und Tulln. — **H.-G. „Kreis Mährisch-Schönberg".** Der nächste Heimatabend findet Samstag, 12. September, im neuen Vereinsheim, Gastwirtschaft Buchner, 7. Bez., Neubaugasse 63, statt. Wir ersuchen schon jetzt alle Mitglieder, sich diesen Tag gut vorzumerken und freizuhalten, da wir den Einzug in das neue Vereinsheim mit einer reichhaltigen Vortragsfolge und sonstigen Ueberraschungen begehen wollen. — **H.-G. „Kuhländchen"**, früher „Fulnek und Umgebung". In den Monaten Juli, August und September gesellige Zusammenkünfte jeden zweiten Sonnabend im Monat im Vereinsheim, 5. Bez., Kettenbrückengasse 19. — **H.-G. „Neustädter Ländchen"** und **H.-G. „Sternberg".** Unsere Mitglieder treffen sich am 8. Juli und 12. August, abends, beim „Walfisch" im Prater. — **H.-G. „Ostschlesier".** In den beiden Monaten Juli und August entfällt der übliche Heimatabend. Dagegen findet Samstag, 11. Juli, und Samstag, 18. August, eine zwanglose Zusammenkunft der in Wien verbliebenen Landsleute beim „Walfisch" im Prater statt. **H.-G. „Schönhengstgau".** Während der Sommermonate finden die Heimatabende an jedem ersten Donnerstag im Monat beim „Walfisch" im Prater statt.

Von den Gauverbänden und Zweigstellen. Das Gauverbandsfest in Mistelbach am 7. Juni, von den Zweigstellen gut besucht, war eine schöne Kundgebung für unsere Heimat; die Festrede hielt der zweite Kreisvorsitzende Prof. Karner. — **Krems.** Unerwartet starb am 5. Juni der ehemalige Leiter der Tabakfabrik Stein und frühere Obmann unserer Zweigstelle, Regierungsrat Ferdinand Winkler, in seinem 62. Lebensjahre. Regierungsrat Winkler wurde zu Bautsch in Mähren geboren, trat dort nach Beendigung seiner Studien in den Staatsdienst, war dann fünf Jahre als Assistent in der Tabakfabrik in Neu-Titschein und wurde als zweiter Vorsteher in der Tabakfabrik in Bautsch nach dem Umsturze im Jahre 1919 als Sudetendeutscher entlassen. Ueber Aufforderung der österreichischen Regierung wurde er bei der Fabrik Wien-Ottakring in Dienstesverwendung genommen und im Jahre 1922 zum Leiter der Fabrik Stein bestellt. Regierungsrat Winkler hat in den acht Jahren seiner Betriebsführung die Fabrik zu einem Musterbetrieb ausgestaltet und sich große Verdienste um die Virginierfabrikation erworben. Er erhielt den Titel Regierungsrat und Zentralinspektor der österreichischen Tabakregie und wurde erst kürzlich vom Bundespräsidenten mit dem Goldenen Ehrenzeichen der Republik ausgezeichnet. Der unerwartete Heimgang dieses treuen Landsmannes hat aufrichtige Trauer ausgelöst, um so mehr, als es Regierungsrat Winkler nur ganz wenige Wochen vergönnt war, seinen verdienten Ruhestand zu genießen. — **Korneuburg.** Beim Heimatabend am 4. Juli sprach Prof. Karner. — **Liesing.** Die zehnjährige Bestandsfeier der Zweigstelle Liesing findet Samstag, 17. Oktober, im Festsaale der Brauhausgastwirtschaft statt. Wir ersuchen alle Zweigstellen, Heimatgruppen und Landsmannschaften, diesen Tag frei zu halten. Während der Sommermonate jeden ersten Mittwoch im Monat Zusammenkunft im Brauhausgarten (Gartenkonzert).

Gauverband Oberösterreich. Kreisgeschäftsführer Dr. Wilhelm Maschke sprach am 22. Juni in Bad Ischl und am 23. Juni in Gmunden. — Am 4. Juli wurde die Neugründung der Zweigstelle Steyr durchgeführt, wobei neben dem Geschäftsführer Gauverbandsobmann Kraus und einige Mitglieder der Linzer Zweigstelle anwesend waren. — **Kirchdorf a. d. Krems.** Die Zweigstelle hielt am 2. Juni in der Weinstube des Landsmannes Görgner einen Heimatabend ab, der sich eines guten Besuches und ebensolchen Verlaufes erfreute. Obmann Schriftleiter Adolf Rahm erstattete einen ausführlichen Bericht über die Kreistagung in Gmunden und gab Richtlinien für weitere erfolgreiche Arbeit in der Zweigstelle. Mehrere Mitglieder haben sich bereit erklärt, mit Geschäftsanteilen unserem Kreditinstitut beizutreten. Apotheker Langer berichtete Erfreuliches über die Fremdenverkehrswerbung. Die Zweigstelle hält während der Sommermonate jeden Mittwoch einen Kegelabend im Gasthof Schobesberger ab. Bei fröhlichem Gesang und lustiger Laune verging nur allzu rasch der Abend.

Salzburg-Stadt. Am 17., 18. und 19. Juli findet in Salzburg das große Bundes-Jugendtreffen (Deutscher Turnerbund) statt, an dem auch 700 bis 800 Jungturner aus unserer Heimat teilnehmen werden. Aus diesem Anlaß veranstaltet die Zweigstelle Salzburg am 19. Juli um 19.30 Uhr im städtischen Kurhaussaale einen sudetendeutschen Festabend. Die Festrede wird unser Landsmann Schriftsteller Dr. Rudolf Haas halten. Es ist Ehrenpflicht aller unserer Mitglieder und Landsleute, an diesem Abend, der auch gleichzeitig für die Oeffentlichkeit Zeuge der sudetendeutschen Freiheitsbewegung sein soll, vollzählig teilzunehmen und diesen schönen Abend im Kreise unserer sudetendeutschen Jungturner zu verbringen.

Gauverband Steiermark. Kreisgeschäftsführer Dr. Maschke sprach anfangs Juni bei den Zweigstellen Judenburg, Köflach-Voitsberg, Graz und Leibnitz und erstattete einen ausführlichen Bericht über die Kreishauptversammlung sowie über die Arbeit des Kreises und Bundes. — Entsprechend einem Beschluß der letzten Gauverbandstagung wird am Sonntag, 2. August, ein gemeinsamer Ausflug nach Eisenerz und zum Leopoldsteinersee durchgeführt; sämtliche Zweigstellen werden ersucht, diesen Tag frei zu halten und für eine rege Beteiligung zu sorgen. — Die rückständige Gausteuer soll an die Leitung abgeführt werden. — **Mürzzuschlag.** Am Sonntag, 19. August, veranstalten wir eine Hans-Kudlich-Feier, zu der wir alle Nachbarzweigstellen höflichst einladen.

Klagenfurt. Ende Mai starb unser langjähriges Leitungsmitglied Landsmann Regierungsrat Robert Neseny, Handelsakademiedirektor, und wurde am 30. Mai unter überaus zahlreicher Beteiligung von Leidtragenden beerdigt; namens der Zweigstelle sprach am Grabe unseres treuen Landsmannes, dem wir stets ein ehrendes Gedenken bewahren werden, Landsmann Ing. Schröder.

Verwaltungsgebiet Berlin.

Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Belle Alliancestraße 106/II.

Achtung! Wegen Beurlaubung des Geschäftsführers ist die Geschäftsstelle in der Zeit vom 6. bis 25. Juli geschlossen! In nur dringenden Fällen wende man sich an die Kanzlei des Herrn Vizeadmirals von Trotha, Berlin W 30, Motzstraße 22/III, Fernsprecher: Barbarossa 2931.

Bei Prof. Hugo Lederer. Prof. Dr. h. c. Hugo Lederer, der Ehrenpräsident der „Sudetendeutschen Kulturgesellschaft", hatte am 13. Juni die Berliner Mitglieder und Freunde dieser Gesellschaft zu einer Besichtigung seines Ateliers in der Hardenbergstraße geladen. In liebenswürdigster Weise erläuterte Prof. Lederer die eindrucksvolle Reihe von Originalen, Nachbildungen und Entwürfen seiner vollendeten und seiner neu begonnenen Kunstwerke, die drei weite Räume der „Vereinigten Staatsschulen für freie und angewandte Kunst" füllen, deren Vorsteher Prof. Lederer ist. Er sprach in interessantester Form von den Anregungen und von den Modellen zu den Schöpfungen seiner Meisterhand und seinem eigenen Schöpfungserlebnis. In den Pausen, die Musikdarbietungen sudetendeutscher Künstler füllten, wurde Tee gereicht. Für den großen Kreis der Teilnehmer, in dem man unter anderen Frau Prof. Metzner sowie Prof. Dr. Benischke, Dr. Hermann Ullmann, Oberst Nießner, das Mitglied des Prager Abgeordnetenhauses Krebs und das sudetendeutsche Mitglied des deutschen Reichstages Schönwälder mit ihren Damen sah, dankte der geschäftsführende Vorsitzende der „Sudetendeutschen Kulturgesellschaft", Dr. Kleo Pleyer, für das große Erlebnis, das Prof. Lederer den Teilnehmern dieser Führung schenkte. G. G.

Kreis Berlin-Brandenburg.

Geschäftsstelle Berlin SW 61, Belle Alliancestraße 106. Sprechstunden 9—12, 3—5 Uhr, Sonnabends 9—1 Uhr.

Unser Heimatfest. Das große Berliner Heimatfest findet am 23. August in dem großen, gegen Witterungsunbill geschützten Garten und sämtlichen Sälen der Bockbrauerei, Fidicinstraße (U-Bahnhof Kreuzberg) statt. Es wird von einem großen Festzug der Trachtenverbände und Jugendgruppen eingeleitet werden, der diesmal ganz besonders starke Beteiligung aufweisen wird. Die Festrede hat liebenswürdigerweise Se. Exzellenz der Herr Vizeadmiral

von Trotha übernommen! Vorverkaufskarten (50 Pf.) sind den Ortsgruppen bereits zugegangen. Es wird dringendst und herzlichst gebeten, sie restlos abzusetzen und auch sonst für einen Massenbesuch dieser unserer größten Jahresveranstaltung zu werben!

Theaterermäßigung. Es ist uns gelungen, durch eine Vereinbarung mit der Deutschen Buch-Gemeinschaft, wesentlich verbilligte Theaterkarten auch unseren Mitgliedern zugute kommen zu lassen. Als besonderes Angebot stellt die Deutsche Buch-Gemeinschaft unseren Mitgliedern des Sudetendeutschen Heimatbundes ab 2. Juli 1931 für das Deutsche Künstler-Theater Propagandakarten zu 1.50, 2.50, 3.50 und 4.50 Mk (statt Kassenpreise von 3.50 bis 15.— Mk.) in unbeschränkter Anzahl zur Verfügung. Bis zum 12. Juli gastiert im Deutschen Künstler-Theater Eugen Klöpfer in dem Stück „Abgemacht — Kuß" von Tristan-Bernard. Für das ab 13. Juli 1931 nachfolgende Lustspiel stehen ebenfalls Karten zu denselben Preisen zur Verfügung. Die Kartenausgabe erfolgt unter Vorlegung unseres Ausweises in den Bücherstuben der Deutschen Buch-Gemeinschaft, Köthenerstraße 38 und Alte Jakobstraße 156/57.

Nordböhmische Gemeinde zu Berlin (Vereinigung Deutscher Nordböhmen), Berlin W 50, Achenbachstraße 7/8. Unser nächster Ausflug findet am Sonntag, 12. Juli, als Spaziergang vom Bahnhof Grunewald nach Bahnhof Wannsee statt. Um rege Beteiligung wird gebeten. — Da wir für dieses Jahr aus Sparsamkeitsgründen keinen besonderen Gemeindekalender herausgeben, bitten wir unsere Zeitungsankündigungen zu beachten. — **O.-G. Berlin-Neukölln.** Am Sonntag, 12. Juli, Ausflug nach Rauchfangswerder mit dem Motorboot „Libelle". Abfahrt 1/2 8 Uhr morgens Schillingsbrücke. Fahrpreis 1.60 Mk. Alle Landsleute werden gebeten, diese Fahrt mitzumachen, da der Fahrpreis diesmal sehr preiswert ist. — Mitglieder, die mit den Beiträgen ab 1931 I. Halbjahr im Rückstand sind, erhalten ab 1. August d. J. keine Zeitung mehr und gehen sämtlichen Rechtsansprüchen usw. verlustig. Diejenigen Mitglieder, die mit ihren Beiträgen seit 1930 im Verzuge sind, haben Zahlungsbefehl zu erwarten und werden aus der Mitgliederliste des Sudetendeutschen Heimatbundes gestrichen. — **O.-G. Schöneberg-Charlottenburg** (Postanschrift: Wenzel Führich, Berlin W 30, Freisingerstraße 5, Postscheck Nr. 12.427). Unser am 11. Juni im Nollendorfkasino abgehaltener Heimatabend nahm einen guten Verlauf. Herr Konzertmeister Camillo Benesch mit seinem Trio, ein Mitglied unserer Ortsgruppe, hatte in selbstloser Weise im gemütlichen Teil durch seine fabelhafte Vortragsweise viel zur Unterhaltung beigetragen. Ebenso konnte Herr Hauptmann Braue durch seinen interessanten Vortrag „Erlebnisse in unserer Heimat" die Zuhörer in seinem Banne halten und auf viele unbekannte Schönheiten der Heimat hinweisen. Allen an dieser Stelle unseren herzlichsten Dank. — Der am 31. Mai stattgefundene gemeinsame Ausflug mit der Kameradschaft nach Buckow nahm einen alle Teilnehmern vollbefriedigten Verlauf. Mitgliedern wird dieser Ausflug stets in freudiger Erinnerung bleiben und sei daher auch der Kameradschaft unser aller herzlichster Dank gesagt. — Im Monat Juli und August fällt der Heimatabend aus. — **O.-G. Potsdam-Nowawes-Neubabelsberg** (Postanschrift: Josef Weiß, Potsdam, Große Fischerstraße 10, Girokonto 1874). Unser Ausflug am 14. Juni nach dem Jagdschloß „Stern" hat alle 108 Teilnehmer aufs schönste befriedigt! Besonders freuten wir uns auch über die sehr starke Beteiligung des Vereines der Ost- und Westpreußen, die so wiederum ihr festes, treues Zusammengehörigkeitsgefühl mit uns bewiesen haben! Bei frohen Vorträgen, Tanz und einer sehr schönen Verlosung — die auch der Kasse ein Scherflein abwarf — entschwanden die Stunden nur zu schnell! Aber schön wars; und den Zusammenhalt hat der Ausflug ausgezeichnet gefestigt. . . . — Vom Verein der „Ost- und Westpreußen" erging an uns eine Einladung zu dem am Sonntag, 5. Juli, im „Waldschlößchen" stattfindenden gemütlichen Beisammensein. Näheres durch besondere Einladungen. Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten. — Unser zweiter Ausflug findet am Sonntag, 12. Juli, statt. Besondere Einladung ergeht noch. — **O.-G. Stettin** (Postanschrift: Bruno Brunner, Stettin, Burscherstraße 20/III). Am 12. Mai hielt unser Vorsitzender, Landsmann Brunner, im überfüllten Saale des Restaurants „Reichsgarten" einen fesselnden Vortrag über unsere schöne Heimat. Er schilderte, wie schwer wir Deutsche es in der Tschechoslowakei haben und wie wenig Gehör wir Grenzlandverbände noch bei den reichsdeutschen Behörden finden. Eine sehr rege Aussprache bewies, wie stark der Eindruck des Vortrages gewesen ist. — Unsere Ortsgruppe steht jetzt mitten in einer sehr großzügigen Propaganda für unsere sudetendeutschen Kurorte Teplitz, Karlsbad, Franzensbad und Marienbad; im Laufe des Monats erscheinen im Rahmen dieser Propaganda auch eine Reihe von Aufsätzen in den hiesigen Zeitungen.

Kreis Mitteldeutschland.

Geschäftsstelle Halle a. d. Saale, Wörmlitzerstraße 102.

Von der Kreisleitung: Wir machen an dieser Stelle alle **Zweigstellen darauf aufmerksam, daß die Augustfolge der Zeitschrift nicht** erscheint. Besonders den neugegründeten Zweigstellen, denen der Beschluß nicht bekannt ist, wollen wir mitteilen, daß trotzdem die Abrechnung dieselbe bleibt, da die Julifolge als Doppelausgabe erscheint.

Von den Zweigstellen: Hannover. Am 4. Juli findet in Hildesheim eine Werbeveranstaltung statt, an der von der Zweigstelle Hannover eine Anzahl Landsleute teilnehmen. — **Braunschweig.** Am 17. Mai veranstaltete die Zweigstelle ein Maibaumfest in heimatlichen Trachten und Sitten. Das rege Interesse, das von der Bevölkerung jung und alt dieser Veranstaltung entgegengebracht wurde, war ein Beweis, daß durch immer wiederkehrende Veranstaltungen die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf unsere Bewegung gelenkt wird. Bis spät in die Nacht hinein wurde das Tanzbein geschwungen und jeder einzelne ging mit dem Bewußtsein nach Hause, fröhliche Stunden inmitten der Landsleute verlebt zu haben, und mitgeholfen zu haben, aufklärend zu wirken. — **Jena** (Anschrift: Franz Semsch, Jena, Otto-Schott-Straße 1 a). Der erste Heimatabend unserer neuen Zweigstelle fand am 10. Juni im „Engel" statt: bei ihm sprachen die Landsleute Semsch und Pfarrer Dr. Rieger. Der Abend war bei sehr gutem Besuch und stimmungsvollem Verlauf ein voller Erfolg. Auch einige Neuaufnahmen waren zu verzeichnen. Besonders erfreulich war auch der Besuch des Abends durch die Studenten, die mit Werbematerial versorgen konnten.

Versammlungskalender: Hannover. Jeden ersten Mittwoch im Monat Brauergildehaus, Blaues Zimmer, 20 Uhr. — **Halle a. d. Saale.** Jeden ersten Dienstag im Monat „Deutsches Haus", Steintor. 2. — **Magdeburg.** Jeden dritten Sonnabend im Monat Kortes Bierhallen. — **Wiesbaden.** Jeden ersten Mittwoch im Monat Restaurant „Bürgerhof", Michelsberg. — **Bernburg.** Jeden ersten Mittwoch im Monat Kaffee Veit. — **Frankfurt am Main.** Jeden zweiten Sonnabend im Monat Heimatabend Domrestaurant, Domstraße 10. — **Erfurt.** Rohrs Theatergarten. — **Apolda.** Jeden ersten Sonnabend im Monat Restaurant „Schillerquelle", Schillerstraße. — **Groß-Kayna.** Jeden dritten Sonntag im Monat Gasthaus May. — **Braunschweig.** Jeden zweiten Sonnabend nach dem 1. „Würzburger Hof", Neuestraße 21—23. — **Dessau.** Jeden ersten Dienstag im Monat Kaffee Rupp. — **Gotha.** Jeden zweiten Montag im Monat Restaurant „Am Theater". — **Bitterfeld.** Jeden dritten Sonnabend im Monat Restaurant „Deutscher Kaiser". — **Altenburg.** Jeden zweiten Sonntag im Monat Keglerheim. — **Halberstadt.** Jeden Mittwoch nach dem 1. „Kaiserhof", Domplatz 38/39. — **Wittenberg.** Jeden zweiten Dienstag im Monat Gastwirtschaft Matz in Pistowitz, Feldstraße. — **Weimar.** Jeden ersten Mittwoch im Monat im „Stadthaus". — **Eisenach.** Jeden ersten Mittwoch im Monat im „Reichskanzler". — **Zeitz.** Jeden ersten Sonnabend im Monat im Gasthof „Goldene Sonne".

Verwaltungsgebiet Dresden.

Geschäftsstelle: Dresden-A. 1., Zinzendorfstraße 49/II.

Kreis Bayern.

Geschäftsstelle: Passau, Obernzellerstraße 7/II, Fernruf 2024.

Gau Oberpfalz. Gauleiter Landsmann Mukof besuchte am 9. Mai die Zweigstelle Bärnau und gab dort auch einen ausführlichen Bericht über die Kreisleitungssitzung vom 2. März. Am 6. und 7. Juni war der Gauleiter bei der Nordgautagung der „Oberpfälzer-Egerländer Arbeitsgemeinschaft heimatpflegender Vereine" anwesend. — Die Gauleitung beschloß, anläßlich des fünfjährigen Bestehens des Gaues eine Gaugründungsfeier durchzuführen. Diese wird am Sonnabend, den 26. September, stattfinden. Die Zweigstellen des Gaues Oberpfalz und des Gaues Oberfranken erhalten noch nähere Einladungen, werden aber schon heute gebeten, sich diesen Tag freizuhalten. — **Zweigstelle Mitterteich.** Die Mitglieder werden nochmals darauf verwiesen, daß es im Interesse eines jeden Einzelnen liegt, die Monatsversammlung, die an jedem zweiten Sonnabend im Monat stattfindet, regelmäßig zu besuchen. Im Vereinsheim befindet sich auch eine Bücherei der Zweigstelle, die die Mitglieder benützen können. Beginn und Ende der Erwerbslosigkeit sind pünktlich dem Obmann, Landsmann Mukof, zu melden, ebenso An- und Abmeldungen; letztere müssen bis längstens 25. eines jeden Monats erfolgen. Mitgliedsausweise und Sterbekasse-Mitgliedsbücher sind stets in Ordnung zu halten und auf Verlangen der Zweigstellenleitung zur Ueberprüfung vorzulegen. Mitgliedsbeiträge und Sterbekasse-Umlagen sind pünktlich zu entrichten; Stundungen hievon werden nur solchen Landsleuten gewährt, die sich wirklich in ersichtlicher Notlage befinden.

Zweigstelle München. Bei der Monatsversammlung am 6. Juni wurde wie gewöhnlich ein eingehender politischer Bericht über die Heimat gehalten und die Uebersiedlung in das neue Vereinsheim Gastwirtschaft „Hubertus", Löwengrube 8 a, beschlossen; daselbst werden die Zusammenkünfte abwechselnd an einem Sonnabend und an einem anderen Werktage stattfinden. Der Besuch der Heimatabende wird sämtlichen Mitgliedern zur Pflicht gemacht. —

Zweigstelle Nürnberg. Das am 7. Juni im Martinsbau veranstaltete Sommerfest war bei recht gutem Besuch in jeder Beziehung ein voller Erfolg. Besonderer Dank für die Durchführung gebührt dem Leiter des Festes, Herrn Alfred Menzel und Familie, dem Sudetendeutschen Salonorchester und dem Inhaber des Martinsbaues, Herrn Mühl und seiner Gemahlin, unserer Landsmännin, für das überaus freundliche Entgegenkommen. — Alle Mitglieder werden dringendst gebeten, sich rege an der Mitgliederbewegung zu betätigen, da bei der einzelne in letzter Zeit schon schöne Erfolge aufweisen. — **Zweigstelle Passau.** Am 14. Juni trafen sich die Mitglieder unserer Zweigstelle mit denen der Nachbarzweigstelle Schärding in Schardenberg, Oberösterreich, wo sie einen schönen Sonntag verbrachten. — **Zweigstelle Röthenbach a. P.** Bei der gut besuchten Monatsversammlung am 6. Juni wurde die Durchführung eines Werbemonats in der Zeit vom 10. Juni bis 10. Juli beschlossen. Die nächste Monatsversammlung findet am 11. Juli im Vereinsheim statt. — **Zweigstelle Selb.** Am 8. Juni hätte Landsmann Rückel im Rahmen der hiesigen Ortsgruppe des V. D. A. einen Lichtbildervortrag über den „Kampf um die bayrische Ostmark" halten sollen. Zu demselben waren wohl die Landsleute unserer Zweigstelle und auch Gauleiter Peschel erschienen, sehr schwach war aber der Besuch von Seite der reichsdeutschen Oeffentlichkeit. An Stelle des Lichtbildervortrages wurde ein sudetendeutscher Sprechabend durchgeführt, bei dem Landsmann Rückel der Hauptredner war. — Am 13. Juni veranstaltete unsere Zweigstelle einen Werbeabend in der benachbarten Ortschaft Schönwald. Bei diesem sprachen Gauleiter Landsmann Peschel und Landsmann Pörner. Die Bildung einer eigenen Zweigstelle ist für eine spätere Zeit vorgesehen. — **Zweigstelle Weiden.** Unsere Zweigstelle beteiligte sich zahlreich am Nordgautag in Weiden, der am 5., 6. und 7. Juni stattfand, vor allem an dem großen Heimatabend am 6. Juni sowie an dem Festzug, der am folgenden Sonntag durch die reich beflaggten Straßen der Stadt ging.

Kreis Sachsen.

Verwaltungsstelle: Dresden-A. 1., Zinzendorfstraße 49/II.

Gau Dresden. Die letzte Jahrestagung des Gaues Dresden fand bei recht guter Beteiligung am 19. April in Dresden (Palmengarten) statt. Die ausführlichen Situationsberichte der einzelnen Zweigstellenvertreter gaben ein Bild über die Gesamtlage, deren Hauptmerkmal eine schnell steigende Not in den Kreisen unserer Mitglieder als Folge der allgemeinen Wirtschaftsnot und des rigorosen Vorgehens der Behörden, insbesondere des Landesarbeitsamtes und der Arbeitsämter, ist. Maßnahmen zur Steuerung dieser Not wurden ausführlich besprochen. Als eine weitere Folge dieser Verhältnisse mußten auch die finanziellen Schwierigkeiten der Gruppen betrachtet werden. Trotz alledem, oder vielleicht gerade infolgedessen, konnte fast überall ein reges Vereinsleben und eine sehr lebhafte Tätigkeit der Leitungen festgestellt werden. Auch der Bericht des Gauleiters, Landsmann Hiltmann, Dresden, spiegelte diese Tatsachen und Umstände wieder, so daß denn auch der Gauleitung der herzlichste Dank der Zweigstellen ausgesprochen werden konnte. Die Kassenverhältnisse sind nach dem gegebenen Berichte und in Anbetracht der Verhältnisse als normal zu betrachten. Die Neuwahl brachte die Wiederwahl der wichtigsten Gaufunktionäre, an ihrer Spitze Landsmann Hiltmann. Nach Erledigung einiger Anträge organisatorischer Natur konnte die Tagung um 3 Uhr geschlossen werden. — **Zweigstelle Dresden.** Die Jungschar der Zweigstelle Dresden veranstaltete am 20. Juni in „Onkel Toms Hütte" erstmalig eine Sonnwendfeier, die stark unter dem widrigen Wetter, noch mehr aber unter der mangelnden Anteilnahme der Zweigstellenmitglieder zu leiden hatte. Wenn die Feier trotzdem als ein voller moralischer Erfolg gebucht werden konnte, ist dies dem Eifer der Jugendgruppen unter ihrem bewährten Führer, Landsmann Willy Hofrichter, und dem Sudetendeutschen Sängerchor, der unter Leitung seines Liedermeisters Kurt Biebeskind fast vollzählig mitwirkte, zu danken. Eine kernige Festrede des Landsmannes Hofrichter, ein ausgezeichneter Sprechchor (von Landsmann Ed. Müller, Chemnitz), vorgetragen von der Jungschar, und mit gewohnter Vollendung zu Gehör gebrachte Chöre des Sängerchores gaben der Feier ein überaus würdiges Gepräge.

Gau Chemnitz. Die nächste Tagung findet am 19. Juli vormittags in Glachau statt. Vertretung aller Zweigstellen wird gewünscht. Alles Nähere durch Rundschreiben. — **Zweigstelle Chemnitz.** In der Maiversammlung wurde den Mitgliedern durch Herrn Oberstudiendirektor Worm ein schöner Lichtbildervortrag geboten. Nach einem kurzen Vortrag über die wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung unserer beiden größten deutschen Flüsse, der Elbe und des Rheines, führte Herr Worm seine aufmerksamen Zuhörer mittels herrlicher Lichtbilder von der Quelle des Rheines in Graubünden bis nach Köln. Da eine natürliche Rheinreise wohl den meisten Landsleuten versagt ist, war man Herrn Worm am Schluß herzlich dankbar für die billige Sonderfahrt durch das herrliche deutsche Rheingebiet.

Gau Erzgebirge. Der Initiative der rührigen Zweigstelle Bernsbach im Erzgebirge und dem verständnisvollen Zusammenarbeiten derselben mit der Gauleitung Aue sowie der Unterstützung der übrigen Gaugruppen und des zweiten Kreis- und gleichzeitig Kreis-Jugendleiters, Landsmann Kneisel, Leipzig, sowie des bewährten Landsmannes Eduard Müller, Chemnitz, ist es zu danken, daß am 14. Juni mit der Gründung der Zweigstelle Lauter im Erzgebirge ein recht erfreulicher Erfolg erzielt werden konnte. Erfreulich nicht nur wegen des starken Besuches der Werbeveranstaltung und wegen der immerhin beträchtlichen Anzahl von Mitgliedern, mit der die junge Gruppe ins Leben treten konnte, sondern ganz besonders im Hinblick auf die Schwierigkeiten, die sich unseren bisherigen Bemühungen gerade in dieser Gegend entgegenstellten. Wir begrüßen die Mitglieder der Gruppe Lauter unter Führung ihres Vorsitzenden, Landsmannes Paul Pecher, herzlichst in unseren Reihen, danken allen am Erfolge Beteiligten herzlichst und empfehlen dieses Beispiel allen Gauen und Gruppen des Kreises wärmstens. — Die Kreisleitung.

Gau Vogtland. Am 7. Juni fand in Markneukirchen die diesjährige Hauptversammlung des Gaues Vogtland statt, an der sich die Zweigstellen Plauen, Falkenstein, Oelsnitz, Markneukirchen, Klingenthal beteiligten. Ihr Verlauf war ein recht zufriedenstellender, da Landsmann Watznauer, Plauen, als Gauleiter nicht nur über eine zielbewußte Arbeit des Gaues berichten konnte, sondern auch viel Wissenswertes über Bundes- und sonstige Fragen ausführte. Die Kassenverhältnisse wurden in bester Ordnung befunden; die Wiederwahl aller Gausachwalter mit Landsmann Watznauer an der Spitze, darf als Ausdruck des Vertrauens und der Dankbarkeit für die bisherige vorbildliche Arbeit gewertet werden. Im Anschluß an die Gautagung wurde ein gemeinsamer Ausflug über die nahe Grenze nach dem Eggarten unternommen.

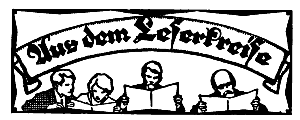
Gau Ostsachsen. Auf die am Sonntag, den 16. August in Hörnitz bei Zittau stattfindende Gauhauptversammlung wird hierdurch nochmals aufmerksam gemacht, ebenso auf die anschließende sudetendeutsche Kundgebung im Hotel „Stadt Zittau" in Hörnitz. Zahlreiche Beteiligung aller Heimatgenossen ist Pflicht. — **Zweigstelle Zittau.** Am Sonntag, 23. August, findet in dem schattigen, schönen Garten des Schützenhauses in Zittau, Grottauer Straße, unser Sudetendeutsches Sommerfest mit Kinderbelustigung statt, wozu wir alle Heimatgenossen mit ihren werten Angehörigen herzlichst einladen. Gäste herzlichst willkommen! Es würde uns sehr freuen, wenn uns auch recht viele Mitglieder mit Angehörigen aus den Schwester-Ortsgruppen besuchen würden. Die Sudetendeutsche Jungscharleitung Zittau wird wiederum mit dem rührigen Vergnügungsvorstand das Beste bieten. Eintritt immer frei.

Sterbekassenbericht. Mit dem Maibericht der Sterbekasse sind die Sterbefälle bis Nr. 422 (Frau Pauline Schneider, Dohna) ausgewiesen. Im Monat Juni sind bisher folgende Sterbefälle eingetreten: Nr. 423, Frau Hedwig Haselbauer, Dresden, 35 Jahre (Herzschlag); Nr. 424, Frau Margarethe Punzel, Dresden, 40 Jahre (Magengeschwür); Nr. 425, Herr Friedrich Friedl, Dresden, 75 Jahre (Altersschwäche); Nr. 426, Frau Minna Heine, Pirna, 63 Jahre (Herzasthma); Nr. 427, Frau Frieda Hartenstein, Oelsnitz i. V., 71 Jahre (Lungenentzündung); Nr. 428, Frau Marie Skalicky, Bremen, 60 Jahre (Lungentuberkulose); Nr. 429, Frau Johanna Neumann, Liebau, 72 Jahre (Altersschwäche); Nr. 430, Herr Engelbert Pratzer, Döbeln, 73 Jahre (Herzschlag). Etwa noch bis Ende des Monats eingehende Sterbefälle werden mit Rundschreiben am 1. Juli bekanntgegeben.

Rechtsschutz und Auskunftei

Sozialversicherungs-Gegenseitigkeitsvertrag zwischen Oesterreich und der Tschechoslowakei abgeschlossen. Amtlich wird mitgeteilt: Die am 22. Juni aufgenommenen Verhandlungen über den Abschluß eines Gegenseitigkeitsvertrages auf dem Gebiete der Sozialversicherung zwischen Oesterreich und der Tschechoslowakei haben zu einer vollen Einigung geführt und wurden am 29. Juni vorläufig abgeschlossen. Der Vertrag grenzt die Anwendung der beiderseitigen Sozialversicherungsvorschriften und die Zuständigkeit der beiderseitigen Versicherungsträger für übergreifende Betriebe ab. Er sichert die Gewährung weitgehender gegenseitiger Rechts- und Verwaltungshilfe und erleichtert die Vertretung der Rechte der Sozialversicherten des einen Staates im anderen Staate. Hinsichtlich der Leistungen aus der Sozialversicherung stellt der Vertrag die beiderseitigen Staatsbürger grundsätzlich einander gleich. Ferner bringt er eine Reihe von Sonderbestimmungen für die einzelnen Versicherungszweige, die

darauf abzielen, die Erbringung von Leistungen aus der Sozialversicherung des einen Staates an Personen, die im anderen Staate wohnen, möglichst zu erleichtern. Auf dem Gebiete der Rentenversicherung sieht der Vertrag eine Zusammenrechnung der in beiden Staaten im gleichen Versicherungszweige zugebrachten Zeiten mit der Wirkung vor, daß der Versicherte nach Maßgabe seine gesamte Beitragszeit an den Versicherungsträger beider Staaten eine kombinierte Rente erhält, wodurch ein weitgehender Ausbau der zwischenstaatlichen Wanderversicherung erzielt wird. Der Vertrag weicht nur insofern, als dies die besonderen Rechtsverhältnisse zwischen Oesterreich und der Tschechoslowakei erfordern, von den Verträgen ab, die Oesterreich am 8. Jänner 1926 und 5. Februar 1930 und die Tschechoslowakei am 21. März 1931 mit dem Deutschen Reich abgeschlossen haben. — Wir werden über diesen Vertrag, der für viele unserer Mitglieder sehr bedeutungsvoll ist, Genaueres mitteilen, sobald er in Kraft getreten ist.



Sudetendeutsches Kreditinstitut. Bei der Hauptversammlung des Kreises Deutschösterreich des Sudetendeutschen Heimatbundes in Gmunden konnte ein Vertreter des Kreditinstitutes darlegen, welche Bedeutung dieses als wirtschaftlicher Sammelpunkt der Sudetendeutschen für die Heimatbewegung gewonnen hat. Jede einzelne Geschäftshandlung des Institutes geschieht im Interesse von Landsleuten (Mitgliedern), wodurch deren wirtschaftliche Belange gestärkt werden. Der Vorteil vieler einzelner Landsleute kommt natürlich der Gesamtheit zugute, da das Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt wird. Nach außen hin ist die bloße Tatsache des langjährigen Bestehens eines Sudetendeutschen Kreditinstitutes für die Heimatbewegung schon eine große moralische und propagandistische Hilfe, die ständig durch die Verbreitung des Wortes „Sudetendeutsch" im Firmawortlaut ausgewertet wird. Jeder Brief, jeder Scheck, jeder Erlagschein, jede Ueberweisung trägt dazu bei, daß immer neue Kreise des In- und Auslandes, die eine andere Propaganda für unsere Heimatbewegung kaum erreichen würde, auf den wirtschaftlichen Zusammenschluß der Sudetendeutschen hingewiesen werden. Zahlenmäßig lassen sich diese und ähnliche Hilfsdienste des Kreditinstitutes für die Heimatbewegung nicht festlegen und aufzeigen, und zwar weder in ihrer Leistung noch in ihrem Erfolg. Die Auswirkung ist aber gewiß nicht gering und besonders deshalb in einer wirtschaftlich und politisch so schweren Zeit nicht hoch genug zu veranschlagen, weil weder dem einzelnen, noch dem Sudetendeutschen Heimatbund oder dem Kreditinstitut für diese propagandistische Förderung Kosten erwachsen. Jeder Landsmann, der Mitglied (Genossenschafter) des Kreditinstitutes ist und seine Geldangelegenheiten durch diese besorgen läßt, trägt daher zur Stärkung der Sudetendeutschen Heimatbewegung bei, obwohl er infolge der günstigen Bedingungen des Kreditinstitutes dabei seinen persönlichen Vorteil wahrt.

Franz Barwig zum Gedächtnis. Am 15. Mai ist der weitbekannte Bildhauer, unser Landsmann und Mitglied Franz Barwig, aus dem Leben geschieden. In einem längeren Aufsatz schreiben die „Wiener Neuesten Nachrichten":

„Franz Barwig hatte viel ertragen: Mißverständnis, Mißhelligkeit, Mißgunst, Eifersucht, Neid, Nörgelei, Ränke, Ungerechtigkeit, und sich gegen all das gewehrt, wie nur ein innerlich ungewöhnlich vornehm gearteter Charakter sich zu wehren weiß: durch selbstsichere, gelassene Nichtbeachtung jeglicher scheelsüchtigen Widersacherei. Auch der Verlust eines, mit seiner ungemein fleißigen und geschickten Hände Arbeit schwer genug erworbenen Vermögens, mochte er ihn auch in Hinblick auf die Sorgenfreiheit seiner alten Tage und die wirtschaftliche Sicherheit seiner Kinder peinlich empfunden haben, ertrug er mit gleicher Gelassenheit. Von tragischem Optimismus beseelt, ertrug Meister Barwig duldend und trauernd den erbärmlichen Zustand der fast gänzlich um ihre soziologische Funktion gebrachten Kunst der Gegenwart. Nur eines vermochte er nicht zu ertragen: die Krankheit, die ihn der Schaffensfähigkeit beraubte. Denn der weltberühmte Bildschnitzer war ein leidenschaftlicher Arbeiter, ein Werkmann, dem nichts über die künstlerische Arbeit ging. Leben und arbeiten galt ihm für ein und dasselbe. Und so schien es ihm nicht möglich, länger zu leben, da es ihm unmöglich geworden war, zu arbeiten wie zuvor. Darum ging er jenem Unentrinnbaren, Unerbittlichen entgegen, vor dessen Kommen die Menschen gemeinhin bangen. Allein ging er diesen schwersten, letzten Weg, weil er, wie jeder schöpferisch Schaffende, einsam war. In Franz Barwig lebte Zeit seines Erdendaseins stark und froh die Liebe zu Gott, zu Gottes Heiligen und den unschuldigsten Geschöpfen auf Erden — den Tieren. Wie seine Seele ins Himmelreich, so wird sein Name, als der eines großen Kunstmeisters, in die Geschichte eingehen. Wofür ihm, der ein kernechter Deutscher war, deutsche Menschen fürderhin durch ehrendes Gedächtnis zu danken haben, das ist nicht allein sein hervorragendes künstlerisches Lebenswerk, sondern auch das Beispiel seines der Volksgemeinschaft stets gernwillig dienenden Lebens. Zu der Bedeutung, die das Volk der Deutschen als Kulturgroßmacht unter den Völkern der Erde besitzt, hat der persönliche, bescheidene Sudetendeutsche Franz Barwig redlich seinen Teil beigetragen. Und so möge er in Frieden ruhen, den er suchte, und nicht beschämt sein, ‚wenn ihn die Toten streifen, die anderen Toten, welche bis ans Ende aushielten'."

Todesfälle. Ehrendomherr Wilhelm Sponer, Stadtdechant und Pfarrer in der Brigittenau (Wien), ist am 28. Mai gestorben und wurde in Kirchberg am Wagram, wo er einst als Kooperator tätig war, beerdigt; der Verewigte wurde 1859 in Zwittau geboren, 1883 zum Priester geweiht und wirkte seit 1911 im 20. Wiener Gemeindebezirk. — Am 1. Juni starb in Friesach Herr Paul Englert, Hauptmann a. D., Gauleiter des Kärntner Heimatschutzverbandes. Der Verstorbene, 1887 in Weipert geboren, machte den ganzen Krieg als Artillerieoffizier mit, mußte nach dem Umsturz aus seiner Heimat flüchten, hat sich nach zeitweiligem Aufenthalt in Linz dauernd in Friesach niedergelassen und gehörte seit Gründung des Heimatschutzes diesem in führender Stellung an. Die Kärntner Presse brachte unserem Landsmanne ausführliche und tief empfundene Nachrufe.

Im Deutschlandsender Königswusterhausen sprach am 18. Juni der akademische Maler Dr. Helmut Krommer, ein geborener Troppauer, über: Die schlesische Heimat zwischen Sudeten und Beskiden.

Sommerfrische Stiebnitz im Adlergebirge. Im Mittelpunkte des Adlergebirges liegt im romantischen Tale des Stiebnitzbaches das alpenartigen Siedlungscharakter tragende Dörfchen. Auf dem zur Kronstädter Koppe (1031 Meter) sanft ansteigenden östlichen Talhange klimmen die Häuser der Gemeinde Groß-Stiebnitz (1000 Einwohner) bis zu 900 Meter Seehöhe empor, auf der gegenüberliegenden steilen Berglehne breitet sich die Gemeinde Klein-Stiebnitz (300 Einwohner) aus. Die Lage des Ortes im waldreichsten Teile des Adlergebirges hat eine völlig staubfreie, ozonreiche Luft zur Folge und begründet im Sommer ein mildes, erfrischendes Klima. Die Bevölkerung ist rein deutsch, den Sommergästen gegenüber sehr entgegenkommend und freundlich, jedoch arm, denn die einzige Erwerbsmöglichkeit bietet die Erzeugung von Holzspanschachteln und Filetwaren. Stiebnitz bietet in Privathäusern und Gasthöfen peinlich saubere und freundliche Wohnungen mit etwa 200 Betten. Bei jedem Hause befindet sich ein Rasenspielplatz. Tagespreis bei vier reichlichen Mahlzeiten in den Gasthäusern täglich 23 bis 24 tsch. K., für Kinder nach Uebereinkommen, in der Vor- und Nachsaison billiger. Sonstige Abgaben keine.

Anzeige. Es ergeht an alle Landsleute die innigste Bitte, einem durch dreijährige Krankheit erwerbsunfähig gewordenen Landsmann, der für zwei Kinder zu sorgen hat, seiner Frau, die perfekte Stenotypistin mit langjähriger Praxis und vollkommen orthographiesicher ist, eine Beschäftigung gegen mäßiges Gehalt freundlichst zukommen lassen zu wollen. Eduard Dittrich, Wien, 16. Bez., Neumayrgasse 3/23.

Konzessionierter Elektrotechniker mit höherer Fachschulbildung und 18jähriger Praxis in größeren Elektrizitätswerken und Installationsbetrieben, 39 Jahre alt, Nordböhme (durch Option österreichischer Staatsbürger), sucht Wirkungskreis; übernimmt allenfalls auch einschlägige Vertretungen für Stadt und Land Salzburg. Gefl. Zuschriften unter „Zielbewußt" an die Verwaltung des Blattes erbeten.

Oesterreichische Bundesbürger können in nachstehende Staaten, ohne Besorgung eines besonderen Sichtvermerkes (Visum) reisen: Albanien, Deutsches Reich, Dänemark, Danzig, England, Estland, Finnland, Irischer Freistaat, Island, Lettland, Liechtenstein, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Portugal, Nord-Irland, Schweden, Schweiz, Spanien, Tschechoslowakei, Ungarn.

Herausgeber: Sudetendeutscher Heimatbund. — Eigentümer und Verleger: Sudetendeutscher Heimatbund, Kreis Deutschösterreich. — Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Wilhelm Maschke; alle drei in Wien, 8. Bez., Fuhrmannsgasse 18 a. — Druck: Oesterr. Druck- und Verlagsgesellschaft m. b. H., Wien, 8. Bez., Josefsgasse 4—6. — Anzeigenwerbung durch den „Werbedienst für österreichische Zeitungen und Zeitschriften", Wien, 1. Bez., Wollzeile 16.

V. b. b.